

LEIPZIGS NEUE

Stadträtin Hollick freigesprochen

Amtsgericht urteilt: Kein Strafbefehl (Foto: Eiltzer) **6**

Große Bank, kleine Stadt

Wer mit dem Teufel essen will, braucht einen langen Löffel **7**

Das Wesentliche fehlt noch

Erkundungstour in Sachen Mindestlohn **8**

In Filmen: Tragik und Versagen

Endlich auf dvd: »Ikarus« und »Der Teufelskreis« **15**

Die Würde ist antastbar

Gedanken zum 20. Todestag Erich Honeckers **18**



2 Euro/ABO 1,80

LINKE MONATSZEITUNG FÜR POLITIK, KULTUR UND GESCHICHTE

**WER
ZÜNDELT IN
LEIPZIGS
PARTNERSTADT
KIEW ?**



Titelmontage: J. Fiedler

S. 4-5: **Wird Deutschland jetzt in der Ukraine verteidigt?**

Stoppt das Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU!



Der Kandidat der Linkspartei in Leipzig zum Europäischen Parlament, Dr. Keith Barlow, fordert, das Freihandelsabkommen (TTIP) zwischen den USA und der EU zu stoppen.

Seit Mitte 2013 verhandeln EU und USA offiziell und geheim über ein Transatlantisches Freihandels- und Investitionsabkommen, das sogenannte TTIP. Insbesondere durch eine Angleichung von bisherigen Normen und Standards soll der größ-

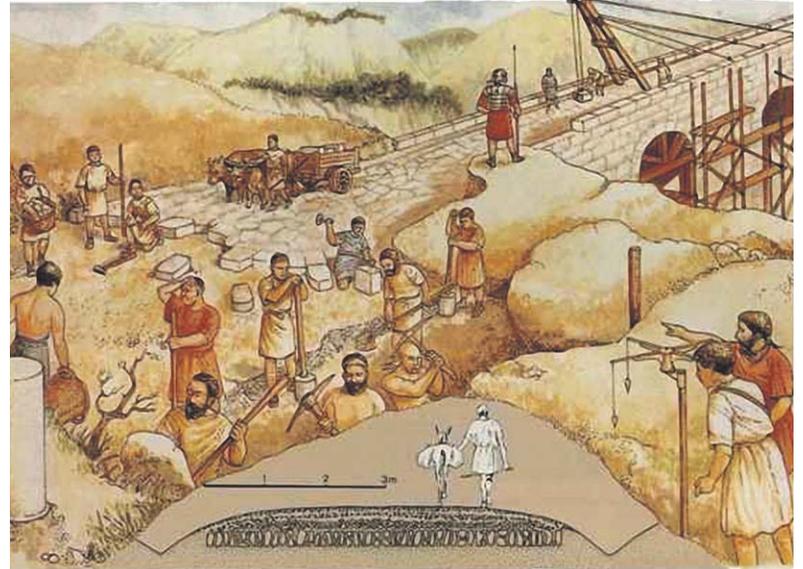
te Handelsraum der Welt, also eine Untergrabung auf dem niedrigsten Niveau entstehen.

Auf den Verhandlungstisch kommt alles: Finanzmarktregeln, Arbeitnehmerrechte, Umweltstandards und vieles mehr. Grundsätzlich zielt das Abkommen darauf ab, Konzerne und Kapital gegenüber Bürgerinnen und Bürgern weiter zu bevorzugen.

Das Ziel dieses Abkommens liegt auf der Hand! Die Profitgier der großen Konzerne trotz allem vertraglich zu sichern! Bisherige Standards auf nationalem und europäischem Niveau spielen keine Rolle mehr. Sollten Konzerne »beweisen«, dass solche Standards ihren Gewinnen schaden, gäbe es Möglichkeiten vor privaten, nichtöffentlichen Schiedsgerichten von Konzernanwälten gegen Staaten zu klagen.

Also, ein »Rechtssystem« ohne jegliche Normen von Transparenz und parlamentarischer Kontrolle. Es würde Vorrang über Rechtsnormen und Justiz einzelner Staaten haben. Unglaublich! Die Parlamente würden entmachtet, der Wille der Menschen ebenfalls.

Deshalb unterstreiche ich die Forderung der Linksfraktion im Deutschen Bundestag »TTIP stoppen!« Im Europäischen Parlament würde ich keinem solchem Abkommen zustimmen.



Motiv: LN-Archiv

Römische Sklaven beim Straßenbau

So illustriert ein Schulbuch Kindern Geschichte, vielleicht bald auch Gegenwart. Die Bundesagentur für Arbeit reformiert Hartz IV: Unter anderem dürfen aufstockende Selbstständige ab 2015 nach einem Jahr gezwungen werden, ihre Tätigkeit aufzugeben und dem Arbeitsmarkt bereit zu stehen. Viele Absolventen akademischer Berufe, wie Journalisten, Lektoren oder Übersetzer, arbeiten freiberuflich, weil niemand sie unbefristet anstellt, und sind auf Grundsicherung angewiesen. Wer sich nun nicht rechtzeitig gegen Konkurrenten behauptet, soll also bald

seinem erlernten Beruf Lebewohl sagen und stattdessen mit drei bis vier Nebenjobs seine Bedürftigkeit reduzieren, d.h. in der Kaufhalle an der Kasse, als Straßenfeger, auf der Baustelle – als Tagelöhner, willig und verfügbar. Das ist abscheulich, aber das ist Wille derer, die davon profitieren und die Macht haben, ihre Wünsche zum Gesetz zu machen.

Ein findiger Schüler fragte einmal bei Betrachten eines ähnlichen Bildes: »Die Sklaven sind doch viel mehr als ihre Bewacher. Warum wehren Sie sich nicht?«

• Karl Martin

Diskretion!

Ich wollte wirklich nicht wissen, wofür die junge Frau vor mir in der Apotheke dieses Medikament braucht, das die Apothekerin ihr so schnell – verdeckt – zugeschoben hatte. Ehrlich! Geht mich ja auch gar nichts an. Ich wollte nur wissen, wie es heißt. Ist so ein Spleen von mir. Interesslose Neugier.

Aber ich hatte wohl den Kopf zu weit vorgestreckt. Die Apothekerin schaut mich streng an. »Bitte Abstand halten! Diskretion. Sehen Sie bitte das Schild dort.« Tatsache, das hatte ich übersehen. Nun gut, die werden ihre Gründe haben. Muss ja auch nicht jeder wissen, ob jemand Kopfschmerzen hat oder schlechten Stuhlgang. Wo kämen wir da hin, wenn jeder von jedem alles weiß und die Daten dann womöglich auch noch speichert. Das machen andere Experten schon zur Genüge.

Anschließend war ich beim Bäcker und habe mich erst mal umgesehen. Der hatte ein solches Schild nicht. Noch nicht. Nun weiß der Mann hinter mir in der Reihe, dass ich Weizen-

brötchen esse und nicht die von Gesundheitsexperten empfohlenen Roggenbrötchen. Oder ob ich sage: »Ich habe Appetit auf einen Amerikaner. Packen Sie mir mal einen ein.«

Die Sparkasse hat so ein Schild. Richtig! Da geht es um viel Geld. Und womöglich zeigt der vor mir mit dem breiten Rücken der Frau am Schalter gerade versteckt eine Pistole: »Los! Große Scheine einpacken!« Das will ich lieber gar nicht sehen. Diskretion!

Warum hat unsere ausspionierte Angela Merkel ein solches Schild nicht, schön groß, vor dem Fenster ihres Dienstzimmers anbringen lassen. Das könnten ihre Freunde in der amerikanischen Botschaft, die in Sichtweite gegenüber steht, von dort aus gut lesen: »Bitte Abstand halten! Diskretion«. Vielleicht kennt Angela Merkel solche Schilder gar nicht, weil sie nicht selber in die Apotheke geht. Aber sie wird sich wohl einfach davor scheuen, wo sie doch vor zwei Jahren die Freiheitsmedaille der USA erhalten hat, die höchste zivile Auszeichnung des Landes. Freiheit auch für alle, die Informationen sammeln und speichern.

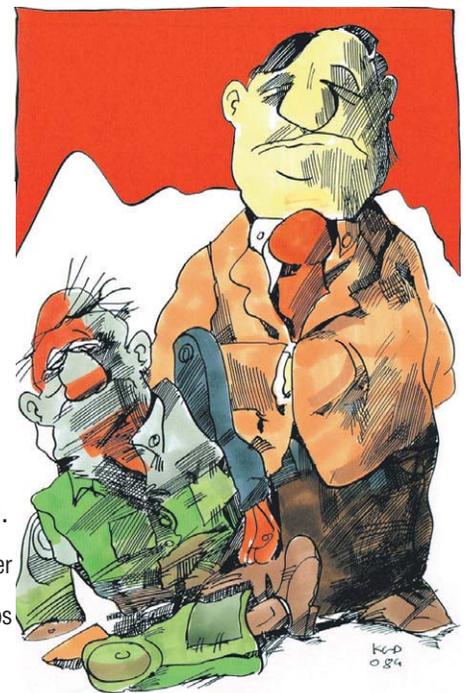
• Heinrich Wolf

Altersversorgung

In den Medien heißt es: Generationenkonflikt. Den es nicht gibt, sondern Klassenkampf, immer noch, zwischen Arm und Reich.

Wolfgang Bittner

Karikatur: Kostas Koufogiorgos

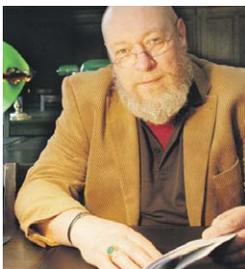


Aus: »Minima Politika«, erschienen im Horlemann Verlag Bad Honnef, mit freundlicher Genehmigung.

Die vergangenen Tage hielten wieder einen außergewöhnlich bunten Strauß aus befremdenden Merkwürdigkeiten und gediegenem Altherrenhumor für uns unbedarfte Einwohner dieses aus blühenden Landschaften zusammengestückelten Staatsgebildes bereit. Zwar sollte man meinen, die heutigen Protagonisten des politisch motivierten Schwachsinn hätten aus den Blödsinnigkeiten der Altvorderen gelernt, doch die gelebte Praxis zeigt uns täglich: dem ist nicht so. Was wiederum beweist, da der Mensch nur (sehr) bedingt lernfähig ist. Erfreuen wir uns also an einer kleinen Auswahl des geballten Unsinn. Zartbesaitete sollten jetzt die Tücher aus den Taschen ziehen, um der Verzweiflungstränen Fluss Herr oder Frau zu werden.

Da gibt es zunächst den Auftritt eines gewissen Herrn Scheuer, Generalsekretär einer bayerischen Regionalpartei, der sich in die Fernsehkamera empört, »unsere Jungs würden bei Wasser und Brot in den Verliesen schmachten«, während Altkanzler Schröder und sein Busenfreund Putin rauschende Feste mit Krim(!)sekt und Kaviar feierten. Gemeint hatte er die zeitweilig aus dem Beobachterverkehr gezogenen Bundeswehrmachtsoffiziere nebst Dolmetscher, die sich ohne OSZE Mandat in der Ostukraine herumtrieben. Und natürlich die Geburtstagsfeier Schröders im ehemaligen Leningrad, an der – und an dieser Stelle wird's zur Schmierkomödie – auch der außenpolitische Sprecher der CDU, Philipp Mißfelder, mehr oder weniger berauscht teilgenommen hatte.

Verständlich, wenn es Häppchen und Suff für lau gibt, geraten die politischen Grundsätze schon mal ins Wanken. Das muss an dem wackeren Bajuwaren vorbeigesaut sein, der auch sonst nicht gerade durch intellektuelle Regsamkeit auffällt. So schrieb DIE WELT beispielsweise:



Notizen aus der Hauptstadt der BRD von Gerhard Schumacher

Im Tollhaus

www.halunkenpostille.wordpress.com

»CSU-Generalsekretär Andreas Scheuers Frelvel ist nicht, seine Doktorarbeit abgekupfert zu haben, sondern deren Belanglosigkeit und Phrasendrescherei. Fassungslos beugt man sich über die Seiten.« Zitat Ende.

In der Qualität nicht zu vergleichen mit Bayern-Andis Plaudereien, aber dennoch voll ungewollter Witzigkeit ist Katja Kippings (LINKE) Vorschlag, den 1. Mai in »Tag der Gerechtigkeit« umzutaufen. Äh... ja. Es kann natürlich sein, sie hat sich einfach im Monat geirrt und meinte eigentlich den 1. April. Oder, was wahrscheinlicher ist, es handelt sich um eine lancierte Intrige des Klassenfeinds, der das Kalendarium manipuliert hat. Oder aber es waren Drogen im Spiel. Man weiß es nicht.

Apropos 1. Mai. Der Berliner Innensenator Henkel verkündete freudetrunken, dass es während der Revolutionären Maidemonstration zu keinerlei wesentlichen Gewaltexzessen kam, sei einzig und allein seiner Polizei zu verdanken. Jawollo, damit hatten die 25 000 Demonstranten gar nichts zu tun. Die sollen doch gefälligst froh sein, nicht der Ordnungshüter hartes Gummistöckchen spüren zu müssen. Weiter so, Henkelchen, du bist der heißeste Anwärter auf den Orden

wider des tierischen Ernst und empfehlst dich mit Vehemenz für höhere Aufgaben. Ostukraine? Alles ist möglich. Jetzt ehrlich mal.

Der Kalenderspruch des Monats aber kam diesmal vom Brandenburger Regierungschef Dietmar Woidke. Auf dem sozialdemokratischen Landesparteitag verkündete er seine neuesten Forschungsergebnisse, nämlich (O-Ton Woidke): »Wahlkampf ist kein Kasperletheater.« Donnerwetter, dann sitze ich seit etlichen Jahrzehnten im falschen Film. Obwohl, wenn man es genau betrachtet, mal in die Tiefe des derzeit tobenden Europawahlkampfes abtaucht, da geht's ganz schön zur Sache:

»Europa neu denken« (SPD), »Gemeinsam erfolgreich in Europa« (CDU), »Für ein Europa, in dem niemand untergeht« (Grüne). Nee, wirklich, Wahlkampf ist kein Kasperletheater.

Zum Schluss noch eine Meldung vom Sport. Auf der Mitgliederversammlung des FC Bayern (Mia san mia) verabschiedete sich der ehemalige Präsident und Großkriminelle Uli Hoeneß von den Mitgliedern des Clubs mit markigen Worten und stiernackigem Gestus. Nach Verbüßung seiner Haftstrafe komme er wieder. »Das war's noch nicht!«

Man sollte das durchaus als Drohung begreifen.

Russland ist ein schönes Land – ho-ho-ho-ho-ho!

Diese drei Zeilen sind »gestohlen«, aus einem der dümmsten Hits, der je in der alten Bundesrepublik produziert wurde. Obwohl über 30 Jahre alt kann man »Moskau« der längst untergegangenen Band »Dschinghis Khan« bis heute lautstark auch in Leipzig hören, wenn man an milden Sommerabenden an einem Gartenlokal oder einer Wiese vorbeikommt und dort Leute »Party machen«. Klischees und Unwissen vererbten sich auch anders weiter, das zeigt sich in den jetzigen Tagen, allerorten, wenn in der neuen BRD über Russland und die Ukraine »berichtet« wird. Dagegen ist dieser schräge Moskau-Song harmlos albern. Kann man auf sachliche Art dagegenhalten? Wir haben es mit Zitaten versucht, die schon sehr lange zurückliegen und auf Widersprüche deuten.

»Wer die Reden des CSU Vorsitzenden Dr. h.c. Franz Josef Strauß aufmerksam studiert, wird immer wieder Formulierungen finden, die in ihrer Aggressivität gegenüber der derzeitigen Regierung starke Anklänge an Reden erkennen lassen, die etwa um 1929/33 gehalten wurden. Anstelle des Erbfeindes Frankreich und des »perfiden Albion« wurde nun die UdSSR gesetzt.«

Das schrieb Frank Arnau in den 1970er Jahren. Der weltbekannte Publizist wurde am 9. März 1894 in der Nähe von Wien im Orient-Express geboren. Er verstarb am 11. Februar 1976 in München.

»Alexis Zukov aus Moskau kaufte die Luxusvilla der Herzogin von Kent, gelegen am teuersten Strand der Welt. Die für die Villa auf Sardinien (Italien) geforderten 10 Millionen Mark waren ihm nicht zuviel. Der Russe zahlte sofort. Bis vor wenigen Jahren arbeitet Zukov noch für den Geheimdienst KGB. Reihenweise kaufen Russen die Villen an der Costa esmeralda., der »smaragdküste« Als Wachmänner haben sie sich ehemalige Soldaten der russischen Armee mitgebracht.

Aus einem Bericht der »Leipziger Volkszeitung« am 26. Mai 1995.

»In Russland ist der weitgehend parasitäre und spekulative Überbau der Gesellschaft in die Krise geraten. Der Staat, unfähig oder unwillig, von der Finanzoligarchie die fälligen Steuern einzutreiben, hatte sich 1996 gleichzeitig gezwungen gesehen – zu Zinsraten von über 200 Prozent – von dieser Oligarchie Geld zu borgen.«

Dorothy J. Rosenberg und Michael Brie in einem Essay, erschienen im »ND«, am 4. September 1998.

»Spätestens in 15 Jahren wird man die Lehrstühle, die man aus Hass auf Russland und den Sozialismus an manchen ostdeutschen Universitäten völlig abgeschafft hat, mit Mühe und Not wieder einrichten.«

Das schrieb Viktor Timtschenko 1998 in seinem Buch »Russland nach Jelzin«. Der Journalist wurde 1953 in der Ukraine geboren.

Wer in der Schule die russische Sprache erlernt hat, und sich noch daran erinnert, fand vielleicht die absolute Kleinschreibung, durchaus sympathisch. Es gibt jedoch eine wichtige Ausnahme: »RODINA« ... das entsprechende deutsche Wort bedeutet »HEIMAT«.

mizo

»Über allen strahlt die Sonne...«, so beginnt ein bekanntes Kinderlied. Auf Leipzigs Straßen entdeckten wir unübersehbar

»Pro und Contra«. Foto: Paul





Wird Deutschland jetzt in der Ukraine verteidigt?

Die Bevölkerung in Geiselhaft

Von Wolfgang Bittner

Unser Autor ist Jurist und Schriftsteller (www.wolfgangbittner.de). 2012 erschien sein Roman »Hellers allmähliche Heimkehr«.

Der stellvertretende deutsche Regierungschef Sigmar Gabriel hat sich gegen eine Vernehmung des NSA-Entwicklers Edward Snowden in Deutschland ausgesprochen. Er habe die Sorge, so heißt es, dass Snowden dann Gefahren ausgesetzt wäre, die auch die Bundesregierung nicht überschauen könnte. Offenbar meinte er damit eine unkontrollierbare Aktion des US-Geheimdienstes gegen den von Washington als Staatsfeind mit Haftbefehl gesuchten ehemaligen NSA- und CIA-Mitarbeiter. Erwägt Gabriel also die Möglichkeit einer Entführung oder sogar eines Mordes an einem vom NSA-Untersuchungsausschuss vorgeladenen Zeugen mitten in Deutschland? Zugespielt: Hat er womöglich Angst vor einem Drohnenangriff des in Ramstein stationierten US-Militärs?

Das wirft unabweisbar nicht nur die Frage nach der Zuverlässigkeit der deutschen Staatsschutzorgane auf, sondern überhaupt danach, ob Deutschland der souveräne Staat ist, als der er sich in der Weltöffentlichkeit präsentiert. Darüber hinaus ist zu fragen, ob die deutsche Regierung entsprechend ihrer Verpflichtung, die ihre Mitglieder durch Eid auf die Verfassung eingegangen sind, wirklich und ausschließlich das Wohl der Bevölkerung vertritt. Daran ist erst recht zu zweifeln, wenn man sich die Haltung der Regierung in dem Konflikt mit Russland wegen der Krise in der Ukraine vor Augen führt. Die Chronologie der Ereignisse, die zur momentanen höchstgefährlichen Situation geführt haben und die nur allzu schnell verdrängt worden sind, gibt erschreckenden Aufschluss.

Beginnen hat es damit, dass die Ver-

handlungen der EU und Deutschlands mit der Ukraine seit drei Jahren stets mit der Forderung nach einer Haftentlassung der kriminellen Politikerin und Multimillionärin Julia Timoschenko verknüpft waren. Timoschenko war 2004 nach erwiesenen Wahlfälschungen aus der von den USA organisierten und finanzierten „Orangen Revolution“ an die Macht gekommen und 2011 wegen Amtsmissbrauchs zu einer sie-

ausländische Geheimdienste. Letzteres wurde publik durch ein Telefonat der EU-Beauftragten des US-Außenministers John Kerry, Victoria Nuland (»Fuck the EU«), mit dem US-Botschafter in Kiew, Geoffrey Pyatt. Danach plante Washington bereits das Szenario für die Zeit nach dem lange vorbereiteten Staatsstreich und favorisierte seinen Günstling, den Oligarchen Arsenij Jazenjuk, der dann auch

gerade wurde bekannt, dass der CIA-Chef John Brennan auf geheimer Mission in Kiew war. Natürlich ist das, wie auch die übrigen Hintergrundinformationen für die deutschen Leitmedien, deren Chefredakteure zum großen Teil US-Netzwerken angehören, nicht weiter von Bedeutung. Keiner von ihnen fragt, was Brennan in der Ukraine zu suchen hatte, was er mit wem besprochen hat. Stattdessen werden Putin und »die Russen« weiter verteufelt, Hintergrundinformationen zurückgehalten.

So plante Washington bereits das Szenario für die Zeit nach dem lange vorbereiteten Staatsstreich und favorisierte seinen Günstling, den Oligarchen Arsenij Jazenjuk, der dann auch Ministerpräsident wurde.

benjährigen Freiheitsstrafe verurteilt worden. Wegen ihr, die in der Haft medizinisch von Ärzten der Berliner Charité versorgt wurde, ist die Unterzeichnung des bereits ausgehandelten Assoziierungsabkommens zwischen der Ukraine und der EU 2011 auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Erst nachdem sie in einem mitgeschnittenen Telefongespräch äußerte, dass sie Putin in den Kopf schießen und die russischsprachige ukrainische Bevölkerung umbringen möchte, hat sie im Westen ihren Status als ukrainische Lieblingsoppositionelle verloren.

Weiter ging es nach einigen fragwürdigen politischen Intermezzen und Einmischungen in die innerstaatlichen Angelegenheiten der Ukraine mit der sogenannten Maidan-Bewegung, an der nicht nur demokratisch-oppositionelle Kräfte beteiligt waren, sondern maßgeblich auch Nationalisten und

Ministerpräsident wurde. Seine Stiftung Open Ukraine pflegt intensive Beziehungen zum US-Außenministerium und der NATO und wird von einflussreichen westlichen Organisationen gesponsert. Schon am 13. Dezember 2013 renommierte Victoria Nuland in Kiew damit, dass die USA mehr als fünf Milliarden Dollar für den Regime Change in der Ukraine investiert hätten.

Aus einem anderen Telefongespräch, das die Außenbeauftragte der EU, Catherine Ashton, mit dem estnischen Außenminister Urmas Paet führte, geht hervor, dass der EU Ende Februar 2014 Informationen vorlagen, wonach die Todesschützen am Maidan-Platz nicht im Auftrag des gestürzten Präsidenten Victor Janukowitsch gehandelt haben sollen, sondern im Auftrag einer Gruppe, die der neuen Koalitionsregierung angehört. Und

Jetzt marschiert die NATO an den Grenzen Russlands auf, Armeeeinheiten werden von der Kiewer Regierung in die Ostukraine geschickt, wo als Terroristen bezeichnete prorussische Demonstranten öffentliche Gebäude besetzt haben (wie es vorher von den als Freiheitskämpfern bezeichneten Aktivisten in der Westukraine geschah). Deutschland entsendet Kampfjets ins Baltikum und Kriegsschiffe in die Ostsee; zugleich warnen der amerikanische Präsident wie auch die deutsche Bundeskanzlerin den russischen Ministerpräsidenten vor einer Eskalation. Sie fordern von Wladimir Putin Mäßigung in der Krise, für die Russland die Hauptverantwortung trage, und sie verlangen einen Rückzug des an den Grenzen stationierten russischen Militärs.

Kein Wort mehr zu der denkwürdigen Rede Putins vom 18. März 2014 im Kreml, aus der die deutschen Leitmedien ihrem Publikum lediglich dem Westen genehme Zitate mitgeteilt haben. Umso wichtiger erscheint es, eine Passage daraus zu zitieren:



Leipziger auf dem Weg zur Montagsdemonstration
Foto: Eiltzer

Wir werden es mit Sicherheit auch mit äußeren Gegenmanövern zu tun bekommen, doch wir müssen für uns selbst entscheiden, ob wir dazu bereit sind, unsere nationalen Interessen konsequent zu verteidigen, oder ob wir sie mehr und mehr aufgeben und uns wer weiß wohin zurückziehen. Manche westlichen Politiker schrecken uns bereits nicht nur mit Sanktionen, sondern auch mit der Perspektive einer Verschärfung der inneren Probleme. Es wäre interessant zu erfahren, was sie damit meinen: Aktivitäten einer gewissen »Fünften Kolonne« – also verschiedener »Vaterlandsverräter« – oder rechnen sie damit, dass sie die soziale und wirtschaftliche Lage Russlands verschlechtern können und damit eine Unzufriedenheit der Menschen hervorrufen? Wir betrachten solche Verlautbarungen als unverantwortlich und offen aggressiv, und werden entsprechend darauf reagieren. Dabei werden wir selbst niemals nach einer Konfrontation mit unseren Partnern – weder in Ost, noch in West – streben; ganz im Gegenteil, wir werden alles Notwendige unternehmen, um zivilisierte, gutnachbarliche Beziehungen aufzubauen, so, wie es sich in der heutigen Welt gehört.

Es wäre vernünftig und existenziell wichtig gewesen, das zu überdenken. Doch CDU/CSU wie auch die SPD schließen sich als willfährige Vasallen der Konfrontations- und Lügenpolitik der USA an, anstatt sich auf eigene Grundsätze zu besinnen, vielleicht auch auf Willy Brandts These vom Wandel durch Annäherung. Aber was ist von einer Regierung zu halten, die ständig die eigene Verfassung bricht,

um die hochbrisante Kriegstreiberei der USA mitzumachen?

In Artikel 26, Absatz 1 des Grundgesetzes heißt es: »Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.« Soll Deutschland jetzt,

Deutschland hat nach den bitteren Erfahrungen aus dem vergangenen Jahrhundert jede Berechtigung verwirkt, anderen Völkern zu drohen, und die amerikanische Regierung hat seit Langem ihre Glaubwürdigkeit verloren.

wieder unter Umgehung des Grundgesetzes, statt am Hindukusch weiter in der Ukraine »verteidigt« werden? Oder im Baltikum? Oder in Polen? Steht uns etwa wieder ein »humanitärer Einsatz« ins Haus, in den die NATO unter Führung der USA Deutschland hineinzieht?

Aktuell geht es darum, den Lügen und der fast einhelligen Medienhetze etwas entgegenzusetzen – vielleicht gelingt das den Ostermarschierern und der deutschen Friedensbewegung, was zu hoffen wäre. Was über den von den USA organisierten und finanzierten Staatsstreich in der Ukraine gebetsmühlenartig berichtet wird, ist jedenfalls eine Schande und ein Armutszeugnis für die deutschen Medien. Erst recht wirft die jüngste politische Entwicklung bis hin zur Kriegsgefahr ein bezeichnendes Licht auf die politischen Dilettanten,

Schwätzer und Renegaten in der deutschen Regierung, die offenbar nicht willens oder in der Lage sind, die gravierenden Folgen ihrer Handlungen abzuschätzen.

Deutschland hat nach den bitteren Erfahrungen aus dem vergangenen Jahrhundert jede Berechtigung verwirkt, anderen Völkern zu drohen, und die amerikanische Regierung hat seit Langem ihre Glaubwürdigkeit verlo-

ren. Lügen, Hetze, Drohungen, Mobilisierung des Militärs, statt Deeskalation. Was ist das für eine Hybris? Soll das wieder einmal auf Kosten der Bevölkerung gehen, die – wenn man die letzten Konsequenzen bedenkt – in einen Krieg mit unabsehbaren Folgen hineingezwungen würde?

Zuerst wird ein Land aufgemischt, wobei man sich noch dazu militanter nationalistischer Kräfte bedient, und wenn die beabsichtigten Ziele nicht erreicht werden, lamentiert man über die Folgen, die zu erwarten waren. Oder haben westliche Militärs geglaubt, dass Russland die Einkreisungspolitik der NATO und der USA tatenlos hinnehmen und jetzt auch noch seinen Flottenstützpunkt auf der Krim aufgeben würde?

Nach allem, was geschehen ist, erscheint Putin glaubwürdiger als

Obama und seine Kriegstreiber, die nach und nach die ganze Welt verwüsten (jetzt wühlen sie schon wieder in Venezuela). In Kiew sind Ministerämter und hochrangige Militär- und Polizeiposten mit Faschisten besetzt, die offensichtlich vor Verbrechen nicht zurückschrecken. Die deutschen Politiker und ihre Medien sollten sich schämen, diese nicht legitimierte Regierung und die Konfrontationspolitik der USA zu unterstützen.

Zu fordern ist von den Verantwortlichen in Europa und in den USA eine sofortige Deeskalation, damit sich der lokale Krisenherd in der Ukraine nicht zu einem Flächenbrand ausweitet. Die weitaus überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung will keinen Krieg, viele haben Angst. Die Älteren haben die schrecklichen Ereignisse des Zweiten Weltkriegs noch nicht vergessen.

Immerhin wurde am 17. April auf dem Krisengipfel in Genf, wo Vertreter der USA, Russlands, der Ukraine und der EU zusammenkamen, ein »Friedensplan« beschlossen. Weiter verurteilten die Teilnehmer alle Formen von Extremismus, Rassismus und religiöser Intoleranz. Alle Seiten – so heißt es – hätten sich jeglicher Gewaltanwendung, Einschüchterung und Provokation zu enthalten.

Ein Lichtblick und eine Perspektive für die zerrüttete Ukraine? Es bleibt abzuwarten, in wieweit sich die Vereinbarungen durchsetzen lassen und ob die Drohkulissen in den nächsten Tagen und Wochen abgebaut werden. So wünschenswert das wäre, bestehen nach allem Vorhergegangenen doch erheblich Zweifel an der Lauterkeit der Beteiligten.

Die Qual der Wahl

Der Wahlkampf ist im Gange – überall hängen Plakate, schauen uns Gesichter an oder markige Losungen.

Doch wen wählen?

Die Christdemokraten machen es sich leicht – eines für alle, alles für einen: »Aus Liebe zu Leipzig« plus Gesicht.

Soll ich die wählen?

Oder die Sozialdemokraten: »Für unsere Stadt« plus Gesicht und manchmal auch ein kleiner Stadtteilspruch.

Soll ich die wählen?

Oder die Freien Demokraten: »Ärmel hochkrepeln!« plus »für unsere Kinder«. Naja, andere würden dafür arbeiten.

Soll ich die wählen?

Oder die Grünen: »Mehr Grün für Leipzig« und dazu knackige Zusätze. Zum Beispiel »Artgerecht statt ungerecht« plus Hahn.

Ich wollt, ich wär ein Hahn, dann würde ich die ja wählen. Aber ich bin keiner.

Die Leipziger Linken haben konkretere Sätze drauf, so zum umstrittenen Freiheits- und Einheitsdenkmal in Leipzig.

Leider haben sie über der Einheit die Freiheit vergessen. Auch auf Nachfrage wurde nicht bekannt, wessen Idee diese »verkürzte Werbung« war.

Nun, zum Glück haben wir ja die Freiheit. Die Freiheit zu wählen.

Am 25. Mai sind Kommunal- und Europawahlen.

Und wählen werde ich auf jeden Fall,

meint Euer



Wenn zwei das Gleiche tun ...

Margitta Hollick und Burghard Jung nannten im Rathaus Nazis Nazis



Der Oberbürgermeister tat es in der April-Stadtratssitzung, als er die Annahme einer Petition gegen den Bau einer Moschee im Stadtteil Gohlis mit der Bemerkung verweigerte, von Nazis nehme er solche Unterlagen nicht an. Es kam dann zu einer formalen »Ersatzhandlung« eines Bürgermeisters (siehe: Foto unten).

Als die linke Stadträtin den in diesen Tagen prozessualen Nazi-Begriff benutzte, war gerade eine erregte Stadtratsdebatte mit dem Entzug des Wortes für einen NPD-Stadtrat unterbrochen worden. Das war bereits am 20. Juni 2012. Eine solche Hetztirade gegen Ausländer hatte das Stadtparlament bis dato nicht erlebt. Und so kam es, Minuten später, im Wandelsaal zu Hollicks Nazi-Äußerung gegenüber einem weiteren damaligen NPD-Mitglied.

Knapp zwei Jahre später saß Margitta Hollick wegen des im Vorüber-

gehen gesprochenen Satzes im Saal 218 des Leipziger Amtsgerichts. Sie war angeklagt, denn der Gemeinde klagte auf »Ehrverletzung«, da auch andere diese Äußerung der Stadträtin, nach dem Eklat, offenbar hörten.

»Ganz die Tochter ihres Vaters«, titelte kürzlich das »Neue Deutschland« und erinnerte daran, dass die 1948 Geborene die Tochter Hermann Lufts ist, der vier Jahre zuvor als Kommunist der Widerstandsgruppe um Georg Schumann knapp dem Todesurteil entging. Er kam schwer misshandelt und gedemütigt aus der Haft zurück. Das prägt.

Wer nun 2014, nach zwei Jahren des schwebenden Prozesses, auf die Stadträtin und einstige Chemie- und Biologie-Lehrerin trifft (siehe: Foto links), merkt ihr die Erleichterung an. Nicht nur, weil sie Recht bekommen hat, sondern weil eine Verurteilung manchen, der »Zivilcourage zeigen möchte, davon abschrecken würde«. • **jomi**



Fotos: Gerd Eiltzer

• Oberbürgermeister Jung verpflichtet

Aufgrund von Anfechtungsklagen wurde ein Jahr nach der erneuten Direktwahl OB Jung zu Beginn der Stadtratssitzung durch das älteste Mitglied des Stadtrates, Wolfram Leuze, in seinem Amt verpflichtet.

• 30 km/h-Zonen lösen nicht alles

Die Debatte um den Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zur Einrichtung von Tempo-30-Zonen vor allen Schulen und Kindertagesstätten offenbarte, dass dies kein Allheilmittel ist. Vielmehr bedarf es Einzelfallprüfungen vor Ort, wo eine solche Ergänzung sinnvoll ist. Das ist an zahlreichen Schulen und Kitas seit 1991 erfolgt. So kommen beispielsweise zur sicheren Querung von Straßen mit Straßenbahntrassen nur Lichtsignalanlagen infrage.

• Zentraler Busbahnhof

Beschlossene Anträge von der Fraktion Bündnis

* /Notizen aus dem Stadtrat

90/Die Grünen sowie des Stadtrates Jens Herrmann-Kambach von der Fraktion DIE LINKE beauftragen die Verwaltung, in Ergänzung zu laufenden Verhandlungen die Organisation eines Workshops zur Errichtung eines neuen Busbahnhofs bzw. zur Neuordnung des Hauptbahnhofsumfeldes mit Umsteigevarianaten zwischen Zug-, Straßenbahn-, Bus- oder Taxiverkehr und Zustieg zu Mitfahrgelegenheiten.

• Stadtteilzentrum Connewitz

Statt eines Zentrums mit 25000 m² Einkaufsfläche und eines Kinohauses sind am Connewitzer Kreuz ein Areal mit REWE-Einkaufsmarkt und Netto markt sowie eine Passage in der Bornaischen Straße entstanden.

• Anfragen

Einwohner fragten, während der Ratssitzung, nach der Sicherheit von Schulkindern im Umfeld der 3. Grundschule und eines Lebensmittelnahrversorgers in Knauthain. Weitere kamen aus allen Fraktionen, so zu den Verkehrsbaumaßnahmen in der Karl-Liebnecht-Straße, zum Schulbauprogramm, zur Tarifeinigung für die städtischen Bediensteten und zu Arbeitszeitregelungen der Berufsfeuerwehr, zum Kitaplatz-Vergabeportal oder zu Freiflächen für Kultur und Partys.

• Beschlüsse

U.a. zur Wahl eines neuen Leiters für den Betrieb Behindertenhilfe, zur Beförderung des Leiters der Branddirektion, zum Termin für die umstrittene Aufstellung des Doppelhaushaltes 2015/2016, zum Neubau des fünfzügigen Gymnasiums in der Telemannstraße oder der Aufhebung eines Vorhabens- und Erschließungsplanes für ein Bürohaus Ecke Berliner-/Wittenberger Straße.

Große Bank, kleine Stadt

Wer mit dem Teufel essen will, muss einen langen Löffel haben

In den beiden Schweizer Großstädten Zürich und Bern hat die UBS AG ihren Sitz, die sich selbst als einen der weltweit größten Vermögensverwalter bezeichnet – mehr als 1 000 Milliarden Schweizer Franken Bilanzsumme. In den nächsten Tagen sehen sich Vertreter der Bank und der sächsischen Messestadt Leipzig vor einem Londoner Gericht, dem High Court of Justice.

Dabei geht es um mindestens 400 Millionen Euro. Natürlich steht nicht die Stadt Leipzig vor dem Kadi, sondern ihre kommunalen Wasserwerke (KWL). Weil sie aber der Stadt gehören, läuft das auf das Gleiche hinaus. Verlieren die Wasserwerke, muss die Kommune blechen, die ohnehin auf fast 700 Millionen Euro Schulden sitzt.

Wie so etwas passiert, versteht der kleine Sparer nicht, der jeden Monat ein paar Cent auf die hohe Kante legt. Er muss es auch nicht verste-

hen, obwohl um sein Geld geht. Schließlich zahlt der Leipziger Durchschnittsbürger Steuern. Und wenn die Stadt die Schweizer Banker auszahlen muss, fehlt das Geld der Kommune beim Bau von Schulen, Kindergärten oder Straßen.

Der ehemalige KWL-Geschäftsführer Klaus Heininger hatte mit der UBS eine Kreditausfallversicherung abgeschlossen. Das ist eigentlich ein Geschäft für Versicherungen, nicht für Wasserwerke. Aber dem ehemaligen Geschäftsführer hatte man eingeredet, dass sei ein völlig sicherer Deal. Und weil die Überredung von 3,2 Millionen Euro Bestechungsgeldern flankiert wurde, unterschrieb der Finanzspezialist die dazugehörigen Verträge.

Der Deal platzte. Die Bank wollte ihr Geld haben. Das geschah 2010.

Bis jetzt hat Leipzig nicht gezahlt. Der Oberbürgermeister erwartet, dass man »obsiegen« werde, weil

solche Verträge an den Aufsichtsgremien vorbei ungültig sind. Die Bank sagt es anders. Die Verträge mit einem Geschäftsführer seien gültig. Leipzig müsse zahlen.

Ob das so kommt, kann niemand voraussagen. Zwar erreichten die Berliner Verkehrsbetriebe bei einem ähnlichen Prozess vor dem gleichen Londoner Gericht kürzlich einen Vergleich. Aber das ist weit von einem juristischen Sieg entfernt. Abgesehen davon sind auch die Anwälte nicht billig, die Leipzig bezahlen muss.

Wegen der Gier eines Geschäftsführers, der ja eigentlich Angestellter und damit Treuhänder der Stadt hätte sein sollen. Freilich gehörte er zu der Masse zweitrangiger »Fachleute« aus dem Westen, die nach 1990 nahezu alle Führungspositionen im Osten besetzten. Wegen ihrer höheren Eignung ...

• Beate Borst

Sozialverband kritisiert Lohnstopp

Am 24. April informierten die Medien, dass der Lohnzuwachs seit 1996 nur zwei Prozent betragen habe und sich Deutschland damit am Ende der europäischen Skala befinde.

Diese Daten verdeutlichen noch einmal den Fakt, dass die Schere zwischen Arm und Reich sich somit immer weiter öffne.

Das ist einerseits ein Widerspruch zum Jubel über den Kaufrausch und sich angeblich lohnende Leistungsbereitschaft in der »Sozialen Marktwirtschaft«.

Das Bruttoinlandsprodukt ist in diesem Zeitraum zwar deutlich gestiegen. Diese Leistungssteigerungen wurde nicht »weitergegeben«!

Andererseits hat der Sozialverband die Lage im Osten nicht getrennt dargestellt. Außerdem haben die Ge-

werkschaften in bestimmten Bereichen ja doch Lohnsteigerungen erreicht, z. B. im Öffentlichen Dienst und Vorstände und Politiker haben sich ebenfalls kräftig bedient.

Der Lohnstopp stand in keinem Wahlprogramm der bürgerlichen Parteien und wurde von der Bevölkerung nicht »beantragt«.

Fast alle politisch Verantwortlichen hüllen sich in Schweigen.

• J. S.

Ernst Thälmann am Volkmarksdorfer Markt

Nicht nur der Name des Platzes im Osten Leipzigs, wo Thälmann einst

sprach, wurde nach vielen Diskussionen geändert, eine »Rückbenennung« scheiterte nach vielen Debatten im Stadtrat. Jetzt wurde nach der steinernen (verschollenen?) Tafel ei-

ne neue Gedenkscheibe an der Zollikofer Straße 21 angebracht. Vor 84 Jahren hielt Thälmann dort eine Rede. Die neue Tafel gestaltete Gerd E. Nawroth. Fotos: LN Archiv / Paul



§ Von der Sucht zu Hehlerei

Andre S. ist wegen gewerbsmäßiger Hehlerei angeklagt. Ein Täter also, der entweder zu schlau oder zu faul ist, sich selbst als Dieb zu betätigen. Vielleicht gar beides? Tatsächlich wurde mir das bis zum Ende der Verhandlung nicht so richtig klar.

Obwohl er als Nebendelikt auch eines einmaligen Diebstahls von Lebensmitteln bezichtigt wird.

Andre S. soll im Zeitraum von Oktober 2010 bis zum Februar 2012 mindestens sieben überwiegend hochwertige gestohlene Fahrräder aufgekauft und in einer Kellerwerkstatt ummontiert, teilweise umgespritzt haben, um diese dann weiter zu veräußern. So erwarb er zum Beispiel ein Rad im Wert von 1500 Euro für schnöde 100 Euro.

Andre S. ist 36 Jahre, Vater einer Tochter, und betrieb mit seiner damaligen Lebensgefährtin sieben Jahre einen Laden für Backwaren. Mit dem Gesetz kam er bislang noch nie in Konflikt. Was treibt einen derart grundsoliden Bürger auf die schiefe Bahn? Es ist wieder einmal die verfluchte Sucht nach Drogen. Drei Jahre war er im zunehmenden Maße abhängig.

Er verlor seinen Laden, die Lebenspartnerin und eine vernünftige Lebensorientierung. Arbeitslosigkeit und Hartz IV waren die bitteren Folgen. Seine Tochter darf er alle 14 Tage sehen. Anlässlich eines solchen Treffens hatte er wieder einmal keinen Cent in der Tasche und wollte der Kleinen doch etwas bieten. Die Folge: Ladendiebstahl im Werte von knapp 23 Euro ...

Seine Kumpane und Mittäter kommen ebenfalls aus dem Drogenmilieu. Irgendwann und irgendwann kam er zur Einsicht, war regelrecht froh, von der Polizei erwischt zu werden und gab alle Taten zu.

Derzeit ist Andre S. in der Umschulung zum Groß- und Außenhandelskaufmann.

Wie soll die Justiz mit so einem Straftäter fair und gerecht umgehen? Richter und Staatsanwalt unterbrechen die Verhandlung und beraten gemeinsam mit dem Angeklagten. Im Ergebnis wird Andre zu drei Monaten Haft zur zweijährigen Bewährung und 80 Stunden gemeinnütziger Arbeit verurteilt.

FRANZ HASE



»Was soll ich dazu sagen? Ich bin in meinem ganzen Arbeitsleben noch nie damit konfrontiert worden, weil ich nie arbeitslos war, und ich habe immer gut verdient.« (anonym)

Das Wesentliche ist noch nicht gesagt

»Leipzigs Neue« ging auf Erkundungstour in Sachen Mindestlohn und setzte auf den Zufall. (Fotos: -ege / Text : -stel)

Die Szenerie besitzt den Charme eines Filmes von Sergio Leone, nur der Schauplatz ist anders: Anstelle eines menschenleeren Bahnsteiges in der nordamerikanischen Prärie befinden wir uns inmitten des größten Neubaugebietes Leipzigs, auf einem Wochenmarkt nahe dem Allee-Center in Grünau, umrahmt von vielstöckigen Hochhäusern, und fühlen uns nicht willkommen als der Fremde mit der Mundharmonika. Wie dort ihr Klang durch den Wind heult (und von nahem Tode kündigt), liegt hier über allem das dumpfe Raunen der Stimme des Volkes: »Ich habe es satt und kann es schon nicht mehr hören! Die machen ja doch, was sie wollen.«

Keine Frage, dem Schein nach sind Grünauer beschäftigte Menschen, ob Alt oder Jung, Frau oder Mann, allein oder zu zweit, zielstrebig oder gemütlich schlendernd, wir erhalten meist die gleiche Antwort: »Keine Zeit!« Auch dass das nur flüchtige Ausreden sind, erfahren wir von einem Rentner, der wohlwollend Auskunft gibt, aber anonym bleiben möchte: Es habe nach ähnlichen Fragen von anderen Medien Brandanschläge im Viertel gegeben. Ob es einen Zusammenhang gibt, wisse er nicht, »aber die Erfahrung mache vorsichtig.«

Daneben frappierende Unwissenheit: Was die Regierung beschlossen hat, weiß er nicht, und eine Meinung darüber habe er auch nicht, gesteht uns ein Mann, von dem wir erfahren, dass er schon seit vielen Jahren Gewerkschaftsmitglied ist.



»Ich finde, dass auch Leute in gering bezahlten Jobs für ihre Arbeit ausreichend bezahlt werden sollten. Warum Langzeitarbeitslose das erste halbe Jahr nach ihrer Anstellung weniger bekommen sollen, verstehe ich nicht. Aber im Wesentlichen bin ich für den Mindestlohn.«
(Thomas Schöne, Software-Entwickler)

Lange bleiben wir hier nicht und schnell vergeht uns der Mut, weitere Passanten anzusprechen. Einige Auskünfte haben wir hier und an anderen Orten der Stadt erhalten, und wir tragen sie nachhause wie seltene Funde einer mühsamen Suche. Es sind Meinungen, die wir an dieser Stelle wiedergeben möchten, und die uns doch nicht über die Gewissheit hinwegtäuschen, dass das Wesentliche damit noch nicht gesagt ist.



»Ich finde es wahnsinnig wichtig, dass man für Arbeit entsprechend entlohnt wird und bei einer 40-Stunden-Woche nicht mehr trotzdem aufs Arbeitsamt gehen muss, weil man nicht genug Geld verdient. Super nervig finde ich aber, dass das ganze Thema Praktikum einfach ausgespart wird. Meine Generation erlebt, dass bei jedem Job gefragt wird: Haben Sie schon mal ein Praktikum gemacht? Dafür kriegst du kein Geld und brauchst wieder eine Möglichkeit, dich zu finanzieren.«
(Anna Brückner, Praktikantin)

»Ich finde den Mindestlohn gut, aber würde differenzieren. Ich begrüße, dass Auszubildende den Mindestlohn nicht kriegen, damit sie einen Anreiz haben, sich ausbilden zu lassen. Auch bei Langzeitarbeitslosen würde ich unterscheiden: Warum ist jemand arbeitslos, und hat er sich bemüht? Für kleine Unternehmen wird es nicht einfach, mit wenigen Beschäftigten Auftragsbücher zu füllen und Geld zu verdienen.«
(Hans-Werner Kröber, Rentner und Vorstand des Grünauer Chor e.V.)



Aus »purer Lebensfreude«

und engagiert öffnet die orientalische Tänzerin Katrin Rudloff als »Kassia« Türen zum Verständnis zwischen Kulturen



Fotos:
Gerd Eiltzer

Katrin Rudloff hat sicher nicht an sich gedacht, als sie während unseres Gesprächs gesteht: »Viele Leute wollen junge, frische Tänzerinnen auf der Bühne, aber ich finde immer die Frauen interessant, denen man ansieht, dass sie eine Geschichte zu erzählen haben.« Doch spüre ich, dass die Frau, die im Gespräch oft sinnlich lacht und der die Jahre schmale Fältchen um Augen und Mund gezeichnet haben, genau so eine Tänzerin ist.

Aus Leidenschaft: »Es ist für mich pure Lebensfreude. Der Fokus beim Tanzen ist darauf gerichtet, mit sich selber da zu sein. Man konzentriert sich auf seinen Körper, kann den Alltag hinter sich lassen und kriegt den Kopf frei, kommt ins Atmen und Spüren. Das finde ich am Tanzen so schön. Und natürlich den Kontakt mit anderen Menschen.«

Der führte sie 1999 zu ihrer Berufung. »Nachdem meine zwei Töchter auf der Welt waren, hat mich eine Freundin zum orientalischen Tanz mitgenommen, wo ich meine erste Lehrerin, Anita Schulz, kennenlernte. Das hat mich gepackt und berührt, dass ich nicht wieder davon abgekommen bin. Dreizehn Jahre habe ich nebenberuflich getanzt und unterrichtet, bis ich mich 2012 selbstständig gemacht habe und jetzt versuche, vom Tanzen und Kurse Geben zu leben.

An der HTWK habe ich Sozialwesen studiert und immer einen Weg gesucht, Tanz und Sozialpädagogik zu verknüpfen. Da ist mir die Idee

zur Projektarbeit gekommen, angefangen mit einer »Tanzreise« an Leipziger Schulen, auf der wir über Tanz in die Kultur anderer Ländern eintauchen.

Gerade Ägypten z.B. ist dafür gut geeignet, weil man von Alexandria bis an die Grenze des Sudans entlang des Nils viele Tänze einstudieren und sich darüber die Geografie oder Geschichte des Landes anschauen kann. Wir kochen landestypische Speisen oder betrachten, was für Kostüme bei bestimmten Tänzen getragen werden.



So erhält man über das Medium Tanz einen Zugang zu anderen Kulturen.«

Gelernt hat sie ihren Beruf auf Reisen, u.a. nach Ägypten oder auf den Balkan, und bei verschiedenen Lehrerinnen. »Leipzig ist ein kulturelles Zentrum, in dem man das Glück hat, dass die meisten Tänzerinnen hier vorbei kommen oder im deutschsprachigen Raum unterwegs sind. Es ist nicht nötig, dass man überall hin reist, um Unterricht zu nehmen. Das ist finanziell nicht zu schaffen.«

Und so wurde aus Katrin Rudloff »Kassia«. »Den Namen habe ich gewählt, weil er kurz und bündig wie mein eigener ist und ungefähr dieselbe Bedeutung hat. Eigentlich habe ich mich dagegen gestraubt, aber beim orientalischen Tanz ist es schwierig, mit einem deutschen Namen aufzutreten.«

Doch Klischees möchte sie meiden: »Orientalischer Tanz wird oft assoziiert mit Bauchtanz, viel nackter Haut im Rock, geschlitzt bis zur Hüfte. Ich habe grundsätzlich kein Problem mit Bauchtanz und tanze ihn selber gern. In Ägypten wurde und wird er als Tanz des Orients aber nicht im zweiteiligen Kostüm, sondern bei Feierlichkeiten in der Kleidung, die die Frauen im Haus haben, getanzt. Das ist ein westliches Klischee, das um 1920 entstanden ist aus Vorstellungen, die Reisende hatten, wenn sie nach Ägypten gekommen sind. Und Tänzerinnen, die vom Tanz lebten, haben das bedient.

Schade finde ich, dass man damit aus dem Blick verliert, wie breit gefächert orientalischer Tanz ist. In Ägypten oder Ungarn z.B., wo Viehzucht betrieben wurde, gibt es Stocktänze, bei denen das Hüten nachgestellt wird, oder Bauertänze, wie Frauen mit dem Krug zum Brunnen gehen.

»Deshalb sind Volkstänze so gut geeignet, Kulturen kennenzulernen.« Seit April leitet »Kassia« das Projekt »Tanzkultur«. »Wir möchten Tanz als Kommunikationsmittel einsetzen und haben uns Leute gesucht, die in Leipzig leben aber in einem anderen Land geboren sind und das über Volkstänze vorstellen.«

Die engagierte Frau, die inzwischen Mutter von vier Kindern ist, weiß, dass Selbständigkeit oft schwer ist. »Mir war klar, dass ich Einschnitte hinnehmen muss. Aber ich denke, indem ich tue, was mich erfüllt, bin ich für meine Kinder echt, und versuche ihnen mitzugeben, dass man sich nicht verbiegen und um jeden Preis anpassen muss, um etwas zu erreichen. Ich wünsche meinen Kindern, dass sie lernen, zu tun, womit sie Zufriedenheit erlangen. Denn Erfolg bedeutet für mich persönliche Zufriedenheit.«

Roman Stelzig

Kontakt und Informationen zum Projekt »Tanzkultur« unter:
www.kassia-tanz.de

Analysen statt Fehlbewertungen

Zur Diskussion um die Kosten der deutschen Einheit und die Finanzströme zwischen Bund, Ländern und Kommunen erklärt der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Rico Gebhardt:

Die Fehlinterpretationen der bisherigen Kosten der deutschen Einheit haben eine über zwanzigjährige Geschichte. Sie kommen immer dann auf die politische Agenda, wenn am Horizont Verhandlungen zwischen Bund und Ländern um die zukünftige Ausgestaltung von Finanzbeziehungen anstehen. Aus zwei Gründen ist es wieder soweit: Erstens ist bis 2019 der Länderfinanzausgleich neu auszuhandeln, und zweitens findet zeitgleich der Solidarpakt II sein Ende. Der Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Bundesregierung besagt zwar, dass ab 2020 ein »weiterentwickeltes System der Förderung strukturschwacher Regionen«

notwendig ist. Davon ist aber bis heute nichts Konkretes zu hören gewesen. Es wäre sinnvoll, nach nunmehr sieben Monaten Schwarz-Rot endlich mit diesen Verhandlungen zu beginnen und diese auf der Grundlage von seriösen und belastbaren Analysen zu führen.

Der Aufholprozess des Ostens ist seit Jahren zum Erliegen gekommen, deshalb darf die Zeit bis 2019 nicht vergeudet werden, auch angesichts des Rückstandes der ostdeutschen Wirtschaftskraft im Vergleich zum durchschnittlichen Westniveau.

Insbesondere die Aufrechnung von allen Bürgerinnen und Bürgern zustehenden Ansprüchen wie Renten führt zu Fehlbewertungen, die die Debatte in eine falsche Richtung laufen lassen. Länder und Kommunen brauchen eine aufgabengerechte und auskömmliche Finanzausstattung, für wirtschaftsschwache Regionen in Ost, West, Nord, Süd ist ein Solidarpakt III notwendig.

Versicherung bei Elementarschäden

Der Verfassungs-, Rechts- und Europaausschuss des Sächsischen Landtages führte eine Sachverständigenanhörung zum Antrag der LINKEN »Bundesratsinitiative zu Einführung eines flächendeckenden Versicherungsschutzes gegen Elementarschäden« durch. Dazu erklärte im Vorfeld Enrico Stange, verkehrs-, bau- und wohnungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE:

Das Thema ist nach wie vor aktuell und bewegt viele Menschen in Sachsen und bundesweit, die bei Hochwasser- und Starkregenereignissen um ihr Hab und Gut fürchten müssen. Vor allem nach der Häufung von Jahrhunderthochwassern in wenigen Jahren wird seitens der Versicherungswirtschaft oftmals kein Versicherungsschutz mehr gewährt, oder nur unter hohen

Eigenbeteiligungen und für kleine und mittlere Geldbeutel fast unbezahlbaren Versicherungsbeiträgen.

Erst kürzlich hatten anerkannte Experten wie der Ökonom Joachim Ragnitz, der Risikoforscher Christian Kuhlicke vom Umweltforschungszentrum Leipzig und der Geschäftsführer der Verbraucherzentrale Sachsen Joachim Betz für eine Elementarschaden-Pflichtversicherung geworben und den Sächsischen Ministerpräsidenten damit in seinen Bemühungen auf Bundesebene zu unterstützen gesucht

Die Anhörung wird beleuchten, welche Versicherungsform unter welchen Prämissen umgesetzt werden kann, wenn der politische Wille einmal gefasst ist.

Ich erwarte von der Staatsregierung, dass sie den Handlungsbedarf erkennt und sich einem Engagement im Bundesrat nicht länger verschließt.

Amazon, Zalando und Co. sind Spitzenreiter der prekären Beschäftigung und katastrophalen Arbeitsbedingungen – Was tut die Politik dagegen?

Podiumsdiskussion: **Montag, 19. Mai, 17.00 Uhr** »Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft« **Nonnenstraße 58 in Leipzig**

(Weitere Informationen auf LN Seite 21)

3. April

Dresden: Gegen den Auftritt eines Musikchores der Bundeswehr bei einem Gottesdienst in der Frauenkirche protestieren Kirchenmusiker und Theologen mit einer »Erklärung der 20«. Darin heißt es, dass auch Militärmusiker zu den Streitkräften gehören und der Auftrag von Bundeswehr und Kirche klar getrennt werden muss.

5. April

Zwickau: An einem internationalen Gospelmusik-Festival nehmen rund 500 Sänger aus Deutschland, Tschechien, der Schweiz und Bulgarien teil. Die Stadt ist an diesem Wochenende erstmals Austragungsort für das Festival.

Dresden: Eine Ausstellung der Staatlichen Kunstsammlungen stellt Otto Dix' Monumentalwerk »Der Krieg« in den Mittelpunkt. Etwa 100 Skizzen und Radierungen dokumentieren den Entstehungsprozess des Werkes, das Dix von 1929 bis 1932 in Dresden geschaffen hat. Die Schau im Albertinum wird durch historische Dokumente, wie Feldpostkarten und Plakate ergänzt.

7. April

Leipzig: Mit einer ungewöhnlichen Aktion protestieren Studenten der Universität Leipzig gegen die vorgesehene Kürzungen; sie wollen fünf Tage lang ununterbrochen aus Hermann Hesses »Unterm Rad« lesen. Für die Aktion wurde extra ein Zelt an der Moritzbastei aufgestellt.

SACHSENCHRONIK von Helmut Ulrich

9. April

Dresden: Eine Bürgerinitiative übergibt eine Petition mit rund 1 600 Unterschriften an die Stadt, um eine touristische Nutzung des seit 1991 gesperrten Fernsehturms zu erreichen.

10. April

Rossendorf: Die Forscher des Helmholtz-Zentrum untersuchen gemeinsam mit französischen Wissenschaftlern, wie sich mit Hilfe von Bakterien Metalle aus Erz herauslösen lassen. Das Projekt ist zunächst auf drei Jahre angelegt.

11. April

Zwickau: In den Kunstsammlungen wird die neue Dauerausstellung zu dem expressionistischen Maler Max Pechstein, der 1881 in Zwickau geboren wurde und Mitglied der 1906 in Dresden gegründeten Künstlergruppe »Die Brücke« war, eröffnet. Eigens für die Schau wurde ein Museumstrakt umgestaltet.

15. April

Görlitz - Zgorzelec: Beide Städte planen für den 1. Mai ein gemeinsames Fest anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der EU-Erweiterung. Neben

anderen Veranstaltungen soll es einen Sängerwettbewerb für deutsche und polnische Schüler geben.

17. April

Leipzig: Die Staatsanwaltschaft ermittelt zum Einsatz von Spezialfeuerlöschern gegen Demonstranten während einer Kundgebung Anfang Februar vor dem Asylbewerberheim Leipzig-Schönefeld. Mehrere Demonstranten klagten danach über Hautreizungen und brennende Augen.

20. April

Dresden: Zum Abschluss des Dresdner Filmfestivals überreichen die Juroren insgesamt acht »Goldene Reiter«. Während des sechstägigen Filmfestes sahen etwa 16 000 Besucher rund 270 Produktionen aus 30 Ländern.

22. April

Neudorf: Die Aufforstung des durch Abgase schwer geschädigten Waldgebietes um Neudorf im Erzgebirge ist fast beendet; ab Dienstag werden die letzten 10 000 von insgesamt 900 000 Bäumen gepflanzt.

Leipzig: Etwa 50 Vertreter aus Politik und Wirtschaft der Region reisen nach

Moskau, um Kontakte zu intensivieren. Dabei wird am Mittwoch ein Kooperationsvertrag zwischen den Kommunen Leipzig und Moskau unterzeichnet, der die jahrelange Zusammenarbeit besiegelt.

24. April

Aue: In Aue herrscht Verwirrung. Wegen einer technischen Panne verschwand die Stadt von der Landkarte des Verkehrsministeriums. Das sorgt sowohl für Heiterkeit als auch für Unverständnis.

26. April

Werdau: Werdau ist für drei Tage Gastgeber des traditionellen IFA-Oldtimertreffens. Die Veranstalter erwarten bis Sonntag rund 500 historische Nutzfahrzeuge.

28. April

Störmthal: Aus einem ehemaligen Tagabaurestloch ist ein attraktiver Badesee geworden: Der Störmthaler See bei Leipzig feiert Eröffnungsparty.

2. Mai

Eilenburg: In der Stadt werden erstmals fünf Stolpersteine verlegt, die an die Schicksale von fünf jüdischen Bürgern erinnern sollen, die während der Naziherrschaft in der Stadt gelebt hatten und deportiert wurden. Im Rahmen eines Schulprojektes recherchierten Eilenburger Gymnasiasten zu den Schicksalen dieser jüdischen Bürger und kümmerten sich um die Finanzierung.

Ein »buchenswertes« Ereignis

Cornelius Weiss liest aus seinem Erinnerungsband »Risse in der Zeit«

Ein »buchenswertes Ereignis«! Der Kellner Mager, Thomas Manns Lotte-in-Weimar-Faktum, hätte so Lesung und Gespräch angekündigt. Bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen ist Cornelius Weiss zu Gast, der erste Nachwenderektor der Universität Leipzig. Vor vollem Haus liest er aus seiner Familiensaga »Risse in der Zeit«. Autor und Buch machen diesen letzten Märzabend tatsächlich zum Ereignis. Assiiert von einem problemkundigen, agilen Auditorium, das dem 81-Jährigen manche Steilvorlage serviert.

Vor Jahresfrist hatte Manfred Neuhaus in dieser Zeitung (Nr. 3/13) das umfängliche Werk, »Ein Leben zwischen Ost und West« untertitelt, in seiner Rezension als »bemerkenswerten Beitrag zur Archäologie des ostdeutschen Bildungsbürgertums« gewürdigt. Cornelius Weiss bestätigt dieses Diktum auf beeindruckende Art. In eloquenter Rede und mitreißend gelesenen Buchpassagen gräbt er manch Unbekanntes entlang seiner Lebensbilanz aus.

Seine authentischen Geschichten, Anekdoten und Episoden aus dem vielschichtigen Alltag der Weiss-Familie illustrieren in ihrer Summe objektive Zeitläufte. Diese Dramaturgie erlaubt es dem Autor, in seinen Erinnerungen weitgehend bei sich zu bleiben. Weiss enträt so deutungshoheitlichem Anspruch und missionarischer Indoktrination, wenn er sein originäres Denken und zuweilen unorthodoxes Tun aus »religionssozialistischem« Ethos an die Leser- und Hörergemeinde heranträgt. Diesmal liest und kommentiert er insbesondere Reminiszenzen aus jenen



Durchaus sichtbar kein »trockenes« Gespräch: Monika Runge und Cornelius Weiss beim Gedankenaustausch.

Foto: Hartwig Runge

Kapiteln, die den für ihn wohl berührendsten Lebensabschnitt spiegeln: den nicht ganz freiwilligen Aufenthalt von 1946 bis 1955 mit Eltern und Geschwistern in der Sowjetunion. Wie der Vater, Atomphysiker Carl Friedrich Weiss, in einem Wissenschaftler-Lager nahe Obninsk für die friedliche Nutzung der Kernenergie forscht – »für militärische hätte er sich als christlicher Sozialist nie hergegeben« – und wie

er und die Familie sich, von der Außenwelt isoliert und überwacht, ihre geistig-kulturelle Identität bewahren. Neuhaus hat diesen Teil der Memoiren als »spannendes Kapitel deutsch-russischer Wissenschafts-, Kultur- und Mentalitätsgeschichte« akzentuiert, »von dem bisher nicht allzu viel bekannt war.« An diesem Abend wird es mit Unaufgeschriebenem angereichert. Auf die Frage eines Fachkundigen, wie er das wis-

senschaftliche Erbe seines Vaters im heutigen Deutschland aufgehoben sehe, antwortet Cornelius Weiss, er müsse leider »einen Niedergang« der Forschungsrichtung und staatlicher Anstrengungen konstatieren.

Natürlich spielen auch Rückblicke auf die Jahre als Rektor und SPD-Landtagsabgeordneter eine Rolle. Deutlicher und konkreter als im Buch lässt der leidenschaftliche Hochschullehrer erkennen, wie sich an die deutsche Einheit geknüpfte Hoffnungen auf eine demokratische Umgestaltung auch des Universitätsbetriebs in Enttäuschungen auflösten. Einlassungen aus dem Publikum folgend, gibt Weiss diplomatisch-verbale Feinfeilerei auf: Der radikale Elitenaustausch zugunsten westdeutscher Akademiker habe nicht nur frühere Parteikader, sondern auch ausgewiesene Kritiker sozialistischer Kommandowissenschaft fassungslos gemacht.

In geharnischten Worten und an personellen Beispielen veranschaulicht der Altrektor die politisch gewollte »Quasi-Kolonisationsstrategie«, nach der einstige DDR-Spitzenwissenschaftler aus- und Inhalte und Methoden in Forschung und Lehre rigoros westgeschaltet wurden. Cornelius Weiss schließt – Balsam für die ostdeutsche Seele – hoffnungsfroh, »manche unserer Erkenntnisse und Anregungen in der unausweichlichen Debatte über das Woher und Wohin unserer Gesellschaft (werden) irgendwann noch erwünscht und hilfreich sein.« Langer, dankbarer Applaus. Ein »buchenswertes Ereignis«!

• Wulf Skaun

Nach dem Machtwechsel in der Ukraine – enttäuschte Hoffnungen und bedrohte Souveränität

Vortrag und Diskussion

Mit: **Ivo Georgiev**, Leiter des Referates Ost-, Mittelost- und Südosteuropa der RLS
Moderation: **Boris Krumnow**
RLS Sachsen, Harkortstraße 10, Leipzig
Mittwoch, 21. Mai, 18.00 Uhr

Die Ukraine und die Krim bewegen die Weltöffentlichkeit und die internationalen Beziehungen in einem Ausmaß, das noch bis vor kurzem undenkbar erschien. Unproduktiv ist dabei eine kritiklose Identifikation mit einer der Seiten in einem Konflikt zwischen zwei geostrategischen Projekten – die einen sehen auf dem Majdan einen Aufbruch der Zivilgesellschaft, eine basisdemokratische Bewegung gegen ein korruptes Regime

und nehmen dafür billigend die Kollaboration mit rechtsradikalen Kräften in Kauf. Die anderen glauben, dass »Antifaschismus« die Haltung der russischen Staatsführung und Armee bestimmt und reduzieren die vielfältige Oppositionsbewegung auf die »Neofaschisten«. Beide Sichtweisen enthalten richtige Momente, greifen aber zu kurz. Es fällt schwer, sich ein eindeutiges und differenziertes Bild zu machen. Es wird versucht Antworten, auf folgende Fragen zu finden:

Wie sind die verschiedenen Strömungen und die Bedeutung des Maidans einzuschätzen, welche politischen Ziele verfolgten sie? Was sind die Resultate und die Lehren für die ukrainische Gesellschaft? Wie ist die aktuelle politische Situation in der Ukraine vor den Präsidentschaftswahlen? Welche Auswirkungen hat die Abtrennung der Krim von der Ukraine? Welche Rolle spielt Russland, welche Rolle spielt die EU während des ganzen Prozesses? Wie kann eine Zukunft für die Ukraine aussehen? Info:RLS / Foto: Nessa Gnatoush





Ostermarsch 2014 in Leipzig

Der Gedanke vom ewigen Frieden findet sich u.a. bei Jesaja, Kant und in dem Spiritual: »Ich werde den Krieg nicht mehr lernen«.



Beim Schmieden eines Spießes zur Sichel, am Nikolaikirchhof, für den »Leipziger Friedenspreis« am 1. September, dem Weltfriedenstag.



Bekennnis zur
Friedenstaube



Schwertern zu Pflugscharen
und (ihre) Spieße zu Sicheln machen.



LN- Fotografen: Daniel Merbitz (4) und Gerd Eiltzer (5)



Widerstand gegen das Vergessen

Das sogenannte »Endphasenverbrechen« steht im Mittelpunkt eines Textes aus dem Jahr 2009 von Elfriede Jelinek: »Rechnitz (Der Würgeengel)«.

Kurz vor Kriegsende wurden auf einem österreichischen Schloss über 180 Zwangsarbeiter ermordet. Für die Gräfin Batthyány, eine geborene Thyssen-Bornemisza, hat die Waffen-SS ein Fest des Todes organisiert. Die Gäste konnten zur puren Belustigung auf Häftlinge schießen.

Graf und Gräfin flohen nach dem Schauerfest mit zwei Tatbeteiligten in die Schweizer Villa der Familie Thyssen. Die Opfer wurden in einem Grab verscharrt, welches bis heute nicht gefunden wurde, weil die Täter und Tatzeugen bis heute schweigen. Nahezu unbehelligt lebten die Mörder im Nachkriegs-Österreich und im Ausland weiter.

Es gab keine nennenswerten Verurteilungen, vielmehr wurden zwei Zeugen vor Prozessbeginn erschossen.

Anfang der 1990er Jahre berichtete der Dokumentarfilm »Totschweigen« über dieses verdrängte Verbrechen.

Enrico Lübke hat dieses im Jahr 2009 prämierte Stück zunächst in Chemnitz inszeniert und jetzt nach Leipzig geholt. Der Text ohne Figureneinteilung wird auf ein Viertel eingedampft und auf fünf Boten reduziert, die die Geschichte des Todesabends erzählen, reflektieren und spiegeln. Diese Diensten agieren zwischen Seidentapete und Volksempfänger, zwischen Verleugnung und Begeisterung, zwischen Wahrheit und Lüge. Die Todesstille nach dem Massaker wird ins fast Unerträgliche gesteigert. »Die Reichen sind schon gerettet« konstatiert das

Schlosspersonal. Auch Rechtfertigungen werden laut: Die Gefangenen seien doch schon halb tot am Schloss angekommen. Zeitsprünge in die Gegenwart mahnen wider das Vergessen.

Ellen Hellwig zeigt einen Todesengel, clownesk und böse: »Wir leugnen alles«. Beklemmend wie das Ensemble sich Hähnchenschenkel und Sauerkraut in den Mund stopfen. Der vorher vollzogene Zivilisationsverlust wird hier auf anderer Ebene wieder offenbar: Aus Essen wird Fressen. Aus Etikette wird Gier. Frack und Abendkleid sind bekleckert, das Gewissen besudelt. Der Ekel des Herzens und der Hände wird gnadenlos zelebriert. Der letzte Verstand wird mit einem Griff in die Minibar zersetzt. Es ist schon ein besonderer Totentanz, den uns Enrico Lübke hier präsentiert: Voller Leidenschaft und Energie,

diese Geschichte dem Vergessen zu entreißen. Verständlich und doch abstrahiert von der Einzeltat werden die Individuen und die Gesellschaft befragt. Ein starkes Ensemble zieht das Publikum hinein in Leiden, Lügen und Lavieren: Ellen Hellwig, Daniela Keckeis, Hartmut Neuber, Michael Pempelforth und Sebastian Tessenow. Fazit: Ein sehr kluger Abend!

• D.M.

Nächste Aufführung:
15. Mai 2014, 19.30 Uhr
Hinterbühne
Schauspielhaus Leipzig



Mit Igor Strawinskys englischer Oper »The Rake's Progress« setzte die Oper Leipzig, ein Achtungszeichen für die angestrebte Vielfalt. Das inzwischen sechs Jahrzehnte alte Werk erweist sich als ausgesprochen aktuell. Progress bedeutet bei Igor Strawinsky und seinen Librettisten W. H. Auden und Chester Kallmann Fortschreiten zum Untergang. Tom Rackwell folgt den Wohlstand versprechenden Verlockungen des mephistophelischen Nick Shadow.

Mit dem Vorgaukeln einer großen Erbschaft weckt Nick Shadow Rackwells Gier nach Geld. In London führt Shadow Rackwell über allerlei turbulente Geschehnisse bis an dessen Grab und in ein Irrenhaus. Wie im Märchen folgt Anne, seine verlassene Geliebte, dessen Spuren und bewegt ihn zur Reue.

Strawinsky, Prokofjew und Hasse

Die Vorlage regte Strawinsky zu einer geistsprühenden hinter sinnigen Musik an. Verschiedenste Anklänge vor allem an Komponisten des 18., aber auch des 19. Jahrhunderts wecken den Anschein von Vertrautheit. Doch es ist ein virtuoseres, ganz persönlich geprägtes Spiel, wie es so originell nur Strawinsky vermag.

Der Regisseur Damiano Michieletto führt das Geschehen der Musik gemäß leichtfüßig, turbulent und dann aber auch mit Ernst vor und kann sich dabei auf ein spielfreudiges Ensemble stützen. Norman Reinhardt als leicht verführbarer Tom Rackwell, Tomas Pursio als raffiniert agierenden Nick Shadow, Marika

Schönberg als anrührende verlassene Anna in den Hauptpartien und weitere Akteure erwecken auch mit ihrem Gesang starke Eindrücke. Anthony Bramal führt das Gewandhausorchester zu geschliffenem, feinsinnigen Musizieren.

Seit einiger Zeit schon ist in der Musikalischen Komödie Sergej Prokofjews Ballett »Romeo und Julia« zu erleben. Den Möglichkeiten des hauseigenen Ensembles entsprechend konzentriert Ballettmeister Mirko Mahr das Geschehen auf die handelnden Personen und auf Tänze kleinerer Gruppen.

Tom Bergmann und Sara Bernard zeichnen sich in den Hauptrollen mit

virtuoser Gestaltung aus. Auch Mattia Cambiaghi als Mercutio, Walid Mahmoud als Tybalt, Siarhei Matinovich als Benvolio und weitere Ensemblemitglieder in kleineren Rollen verdienen sich Anerkennung. Und Sabine Töpfer vom Sängerensemble fügt sich als Amme mit Bravour ein. Stefan Klingele a. G. führt das Orchester der Musikalischen Komödie zu beachtlicher musikalischer Gestaltung.

In der Mendelssohn-Hochschule für Musik und Theater wartete die Fachrichtung Alte Musik mit Gästen der Grazer Kunstuniversität mit der einst auch in Leipzig aufgeführten Oper »La Semiramide Riconsciuta« von Johann Adolf Hasse auf. Wunderbaren gesanglichen Leistungen stand allerdings eine starre, unartikulierte instrumentale Begleitung gegenüber

• Werner Wolf

In Filmen: Tragik und Versagen – dazwischen liegen Jahrzehnte

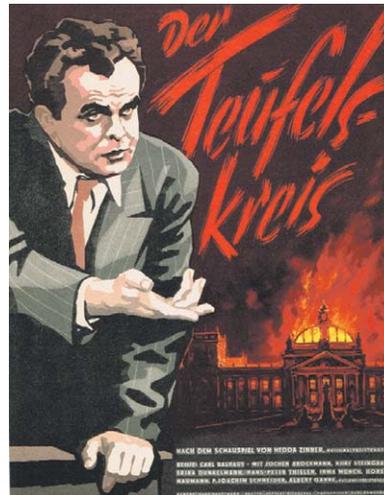


Auch Tränen gehören zum Verzweifeltsein

Foto: Progress

Icestorm, Sachwalter des osteuropäischen Filmerbes per dvd, ist immer für Überraschungen gut. Für erfreuliche, bedenkenswerte, aber auch fragwürdige. Da erscheint – endlich! – Heiner Carows »Ikarus« von 1975. Sicher, da geht es um einen Neunjährigen, doch eigentlich sehr gedankentief und hintergründig um die Welt der Erwachsenen und um ihre Beziehung, Verantwortung zu und gegenüber den Heranwachsenden. Und das – nach einem äußerst filmgerechten Szenarium von Klaus Schlesinger – in unnachahmlich poetisch-provokantem Carowschen Stil. Was aber tut Icestorm? Es verbannt diesen – wie ich seinerzeit meine Rezension titelte – »poesievollen Film eines feinfühligsten Künstlers« in die hier gänzlich unpassende Rubrik »Nur für Kinder«. In der DDR trug der Film rechtens das Prädikat P 14. Also: Der grüblerisch-fordernde Mo-

ralist Carow, als der er sich schon zuvor in »Die Legende von Paul und Paula« outete, erzählt von den Sehnsüchten und Kümernissen des kleinen Mathias, die ihm an seinem neunten Geburtstag widerfahren. Der wird zu einer Odyssee durch die seinerzeitige, sich im äußerlichen Umbruch befindliche DDR-Hauptstadt, in der Erwachsene großteils versagen. Die Eltern sind geschieden. Der Vater verspricht dem Sohn, an diesem Tag dessen Traum vom Fliegen zu erfüllen – mit einem Rundflug. Doch das halbherzige Versprechen bleibt unerfüllt. Die Geburtstagsparty wird zum Desaster zwischen den Großen. Nur Mutters neuer Freund steht Mathias bei, wenn auch scheiternd. Doch immerhin dem nunmehr Neunjährigen – Ikarus! – vage Hoffnung gebend. Insgesamt: Welch wunderbares, noch heute (oder erst recht heutzutage?) eindingliches Plädoyer fürs Kind.



Motiv: Progress

Und die bedenkenswerte Überraschung von Icestorm? Das ist zweifelsohne die dvd-Erstaussage des 1956er DEFA-Films »Der Teufelskreis«. Carl Balhaus drehte ihn nach dem seinerzeit vielgespielten Hedda-Zinner-Stück. Die Begegnung mit der damaligen äußerst publikumsträchtigen Verfilmung löst allerdings zwiespältige Empfindungen aus. Das Drama war durchaus ein nützliches tagesaktuelles »Gebrauchsstück«, der Film nicht minder. Und so erweist sich die Begegnung mit »Der Teufelskreis« eigentlich als zweifaches Zeitdokument.

Es geht um den Reichstagsbrand vom 27. Februar 1933, kurz, nachdem die Nazis an die Macht gekommen waren, aber sie noch nicht genügend gefestigt hatten. Dieses Feuerfantal war Anlaß für einen erbarungslosen Terror gegen alles Linke. Der Film weitet Authentisches aus zu einem zwar verknappten, aber durch-

aus begreifbaren Zeitbild, in dem der SPD-Abgeordnete Lühring, der den Verrat seiner Partei an der Arbeiterfront zu spät begreift, aber tragisch ahndet, zur Zentralfigur wird. Es kommen also fiktive wie verbürgte Personen auf Bühne wie Leinwand, etwa Hellseher Hanussen, KPD-Abgeordneter Theodor Neubauer, SA-Chef Röhm, Hitler-Stellvertreter Göring, natürlich Marinus van der Lubbe und Georgi Dimitroff.

Während heute noch immer (selbst namhafte) Historiker heftig streiten, ob der holländische Extremist Aleinleiter des Brandes war oder lediglich Mittäter, entspricht der Film gänzlich der DDR-Lesart: Die Brandstiftung war – wie höchst wahrscheinlich – Werk der Nazis und van der Lubbe lediglich ihr willfähiges Opfer. Der Film atmet durchaus Zeitkolorit, selbst in seinem agitatorischen Duktus, fühlt sich einer illustrativen Ästhetik verpflichtet, ist dennoch spannend und auch erkenntnisreich. Da bleibt dem (mitunter arg voreingenommenen) Lexikon des internationalen Films beizupflichten, dass »partiell eine eindrucksvolle freie Bearbeitung eines wichtigen Kapitels deutscher Zeitgeschichte« gelungen sei.

Das verdankt der Film besonders seinen intensiven, hochdramatischen Gerichtsszenen mit Jochen Brockmann als gewiß heroisiertem, aber hochintelligenten und souveränen Dimitroff-Darsteller, aber nicht minder Fred Delmare, der in seiner ersten, nachhaltigen Kinorolle als manipuliertes, gebrochenes, stumpfsinniges Nazi-Opfer van der Lubbe nach wie vor ungemein überzeugt.

• Hans-Dieter Tok

Eine derartige Vielfalt im Konzert und im Musiktheater wie sie in Leipzig im April wiederum zu verzeichnen war, hat wohl keine andere deutsche Stadt dieser Größenordnung aufzuweisen.

Drei Aufführungen der Bachschen Matthäus-Passion der Thomaner und des Universitätschores, ein knapp dreistündiges Konzert mit Werken des anwesenden amerikanischen Komponisten Steve Reich, eine Aufführung des von Claude Debussy vertonten und dafür vorteilhaft verkürzten Epos »Das Martyrium des Heiligen Sebastian« von Gabriele d'Annunzio, die zur Kantate umgestaltete grandiose Filmmusik »Alexander Newski« von Sergej Prokofjew des MDR-Sinfonieorchesters und -Chores, ein Gewandhauskonzert mit Spätwerken von Sergej Rachmaninow, ein weiteres mit Robert Schu-

Von Bach bis Steve Reich

manns Violinkonzert und Anton Bruckners vierter Sinfonie.

Die zwei Aufführungen der Matthäus-Passion mit den Thomanern und dem Gewandhausorchester dirigierte in Vertretung für den noch erkrankten Thomaskantor Georg Christoph Biller der ehemalige Thomaner Michael Gläser. Der wusste die Einzigartigkeit des Werkes und die Qualität des Chores, der Solisten und des Orchester zu einem tief bewegenden Erlebnis zu gestalten. Starke Eindrücke erweckte aber auch die Wiedergabe des Werkes mit dem von David Timm wie immer suggestiv geleiteten Universitätschor und dem Pauliner Kammerorchester.

Der von Kristjan Järvi geleitete Abend mit fünf Werken von Steve Reich – drei etwa halbstündigen und zwei nur wenige Minuten dauernden – demonstrierte die Möglichkeiten und Grenzen der mit ihren unentwegten kleinen Veränderungen in Metrik und Klanggebung Minimalmusic genannten Kompositionsweise.

Es war wohl vor allem die Lautstärke, die Jubel vieler junger Konzertbesucher auslöste. Doch bei allen bedacht angelegten kleinen Veränderungen empfanden nicht wenige Zuhörer die Stücke als langatmig und ermüdend. Die Zukunft der Musik dürfte schwerlich in dieser von ihren Anhängern gepriesenen, bei aller

Raffinesse letztlich stereotypen Kompositionsweise zu sehen sein.

Es mag das Geheimnisvolle in d'Annunzios Poem gewesen sein, das Claude Debussy zur Vertonung und dabei zu manch neuartigen Klangbildungen inspirierte. James Gaffigan führte Chor, Solisten und Orchester zu eindrucksstarker Gestaltung, wie auch Michel Tabachnik bei Sergej Prokofjews »Alexander Newski«.

Außergewöhnliche Erlebnisse bereiteten im Gewandhaus Vladimir Ashkenazy mit der dritten Sinfonie und den Sinfonischen Tänzen von Sergej Rachmaninow und Christoph Eschenbach mit der »Vierten« von Anton Bruckner und dem leider selten gespielten Violinkonzert von Robert Schumann, dessen Solopart Julia Fischer meisterlich spielte.

• W. W.



Weshalb dieses nahezu 1000 Seiten umfassende Buch wie das vorhergegangene mit den Jahren von 1977-1989 »Werktage« und zugleich »Arbeitsbuch« heißt, klärt sich anhand eines Notats, das Volker Braun darin am 3.2.1997 gemacht hat, als er eine erste Werkbilanz seines Schaffens in den Nachwendejahren zieht und von »böhmern am meer« bis zu »die vier werkzeugmacher« aufzählt, was in dieser Zeit entstanden ist. Was bis dahin an Tageseintragen zu lesen ist, umkreist deshalb auch die in diesen Büchern gestalteten »Wende«-Probleme, flankiert ebenso von kritischer Rückschau wie nicht minder scharfsinnigen Momentaufnahmen aus dem politischen Zeitgeschehen, dem Wirtschaftsleben und

dem Kulturbetrieb der bundesdeutschen Wirklichkeit der neunziger Jahre. Vorgeführt in Fremdzitaten namhafter Zeitgenossen, mit denen Braun seine Urteile unterbaut wie auch mit Fundstücken aus Zeitungen und Büchern, die als dokumentarische Beweisstücke ins Feld geführt werden. Wenn es sich dabei um Fotos handelt, ist der Braunsche Kommentar als gereimter Vierzeiler (wie im Fall Clinton) zu lesen, erinnernd an die in den sechziger Jahren in gleicher Manier verfassten »Kriegserklärungen« zum amerikanischen Kriegsengagement in Vietnam. Dazu kommen Einblicke in jene Arbeitsfelder, die sich außerhalb seiner Schreibwerkstatt befinden: Akademieauftritte und Diskussionen, Konferenzteilnahmen und Lesungen in zahlreichen Städten, bei denen nicht weniger zeittypische Erscheinungen notiert werden. Und nicht zuletzt das »Akten«-Studium mit seinen für Volker Braun bestimmt nicht musischen Stunden. Meist bissig fallen zunehmend einige Tageskommentare aus wie der am 25.1.2000, der mit dem Wort »bimbos« (für Geld) beginnt und mit »ehrenwort« (das Helmut Kohls) endend in den Filz der CDU hineinschneidet. Wie auch bei anderen Eintragungen ist dann Brecht mit einem Text zur Stelle (2003 ist es Marx), um das eben Aufgeschriebene anzureichern und zu vertiefen.

Davon heben sich jene Passagen des Buches ab, in denen es, oft personenübergreifend, um Literatur und Kunst, Krise und Utopie geht und der Leser eine Weile zu längerem Nachdenken angehalten wird, ehe er weiter lesen kann. Spätestens jetzt wird dem Leser klar, dass auch er mitarbeiten

muss, wenn er sich diese »Werktage« erschließen mochte und bemerkt, dass er dazu auch in Brauns literarischen Texten nachschlagen muss wie ihm Personen und Personenkonstellationen aus dem kulturellen Leben geläufig sein müssen, um sich all das zur Gänze erschließen zu können, nämlich im Frühjahr 2015, wenn beide Bücher mit Anmerkungen und Kommentar versehen sein werden, samt dem »nachgetragenen Jahr 1976«. Das das neue Jahrtausend nicht auch unter einem neuen politischen Sternzeichen ins »Arbeitsbuch« eingehen konnte, wird in einem Notat am 1.1.2001 festgehalten: »in der neujahrsnacht in cottbus rechtsextremistische ausschreitungen. ein jüdisches Ehepaar wird mit mord bedroht«, während sich Braun Gedanken und Notizen zu machen hat, um in einer Vortragsreihe »zur sache deutschland« das Wort zu nehmen.

Ein Jahr darauf taucht der Ortsname »schwarzenberg« auf, und der Leser betritt mit dem Verfasser das »Unbesetzte Gebiet«, wie der fertige Text dann heißen wird, eine Prosa, mit der sich die der deren folgenden Jahre ankündigt, an deren vorläufigem Ende das ebenfalls in jüngster Vergangenheit handelnde Buch »Die hellen Haufen« steht. Beide Bücher Wegemarken einer literarischen Geschichtsschreibung, wie sie auch in »Machwerk oder Das Schichtbuch des Flick von Lauchhammer« zu finden ist, 2008 erschienen, dem Jahr, mit dem das »Arbeitsbuch« dem zeitlichen Verlauf nach endet. Auch das erste Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts ist wie das vorangegangene auf erhellende Weise gegenwärtig in ta-

gespolitischen Kommentaren, Lektüre-Notizen, Reisenotizen und eingestreuten Gedichten, nicht von ungefähr an Christa Wolfs »Jahrestage« erinnernd, von der als Freundin Brauns mehr als einmal die Rede ist. So auch von den toten Kollegen Karl Mickel, Thomas Brasch, Rudolf Bahro und Wolfgang Hilbig.

Nicht zuletzt findet sich in Brauns Buch ein Gleichnis seines eigenen schriftstellerischen Tuns im »schwarzen berg«, wo es heißt: »geschichten vor ort, tagwerke/da man nun einmal vor ort hauen muß, darf ich in den berg gehen, einmal da, einmal dort schicht fahren, ein flöz anschneiden und proben zutage fördern; so tief ich eben gelangen kann und wo in der gegenwart auch ich fündig würde, das bergmännische verfahren, so sehr es im dunkeln gräbt, ist das der literatur gemäße, und auch die freude, das bange, ein licht anzuzünden (es brennt in der nacht), ist mir seit der verdunklung in den kriegszeiten vertraut.«

Volker Brauns drittes Arbeitsbuch wird am 7.5.2014 vermutlich kein großes »Theater« um seinen 75. Geburtstag machen. Deshalb schreiben ihm seine Leipziger Freunde die Wörter »Freundschaft« und »herzlich« hinein, mit denen er uns seine Bücher an die Hand gegeben hat. Und mit Brecht: »hatten ihn/Also verstanden«.

• Klaus Schuhmann

Volker Braun: *Werktage. Arbeitsbuch 1990-2008*, Berlin 2014, Suhrkamp Verlag, 998 S. 39,95 Euro.

LESUNG: AM 27. Mai 19.30 Uhr im HAUS DES BUCHES, Leipzig mit: Volker Braun

Europa-Positionen aus dem linken, überwiegend sozialdemokratischen Spektrum versammelt dieses Taschenbuch. Es trägt einen blassen olivgrünen Umschlag, und ohne plakative Äußerlichkeiten überschätzen zu wollen, beschleicht den Leser der Eindruck, das solch ein Werk vor 30 Jahren anders ausgesehen hätte.

Die Anregung zu der Textsammlung »Für ein anderes Europa. Beiträge zu einer notwendigen Debatte« stammt aus der Friedrich-Ebert-Stiftung. Beiträge von 15 linken und progressiven Intellektuellen aus zehn europäischen Ländern wurden hier versammelt. Alle sind sich einig, dass der Dreiklang aus Frieden, Arbeitsplätzen und Wohlstand der EU und ihren Vorgängern eine fabelhafte Zustimmung im Inneren und eine unwiderstehliche Anziehungskraft von außen verschaffte. War es denn nicht die Europaflagge, die im Herbst 1989 vor dem Gewandhaus wehte, und zwar Wochen, ehe dort die deutsche Bundesflagge auftauchte?

Kursbuch des Ungefährten

Doch nun stockt der Integrationsprozess bereits seit Jahrzehnten. Immer neue Erweiterungen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass viele wichtige, insbesondere soziale Interessen verkleistert und verfälscht werden, nur um formal zu wachsen. Die Kontroverse zwischen den Befürwortern einer weiteren schnellen Expansion der Union und gewichtigen Kritikern, die zunächst für eine Vertiefung der Integration plädieren, bevor über neuerliche Erweiterungen überhaupt nur nachgedacht werden kann, hinterlässt in allen Texten tiefe Spuren. Kein Wunder, dass sich gleich mehrere Autoren an den Essays von Jürgen Habermas abarbeiten, der bekanntlich anregte, europäische Steuern zu erheben, um der EU zu dienen und sie zukunftsfest zu machen. Doch reichen dafür die demokratisch legitimierte Kontroll-

möglichkeiten aus? Unabhängig von Positionsunterschieden in Details sind sich alle Theoretiker im vorliegenden Compendium einig, dass der Euro, der doch eigentlich als wohlthätiger Beschleuniger des großen Integrationsprojekts gedacht war, die EU im Gegenteil in ihre tiefste Krise gestürzt hat.

Immer wieder kreisen die Gedanken um die überhastet eingeführte und politisch hoffnungslos überfrachtete »Gemeinschafts«-Währung. Soziale Aspekte oder demokratische Kontrolle wirken im heutigen Alltag merkwürdig nachrangig. Die deutlichsten Worte findet der junge ungarische Professor Zoltan Pogatsa (»Be-freiung Europas aus den Fängen des Liberalismus«), der den sozialdemokratischen Parteien empfiehlt, die Kombination kulturell links/wirtschaftlich rechts aufzugeben,

um wieder bei einer größeren Zahl von Wählern Gehör zu finden.

Die »Liberalisierungsmaschine und Entdemokratisierungsmaschine« (Robert Misik) muss gestoppt werden.

Von verlässlicher Zustimmung durch ihre Bürger ist die EU heute weit entfernt. Es ist höchste Zeit für eine prinzipielle Frage: Kennen die EU-Bürger die Mechanismen der Union überhaupt oder nehmen sie »Brüssel« nur als gütigen Verteiler von Fördermitteln mit verworrenen Strukturen wahr? Und stehen sie weiterhin zu dem europäischen Projekt, auch wenn unter Eigennutz-Aspekten die Verteilungsspielräume enger werden? So oder so: »Ein europäischer Mehrwert muss im Alltag spürbar sein.« (Josep Borrell Fontelles) Aber nie und nimmer kann es die Sozialdemokratie allein schaffen, den anstehenden Europa-Kraftakt zu stemmen und eine »neue europäische Sozialpolitik« (Michael Naumann) zu entwerfen.

Bitte auf Seite 17 links oben weiterlesen

Fortsetzung von Seite 16 unten

Kein Zweifel »Für ein anderes Europa« ist ein wichtiges Debattenbuch im linken Spektrum. Es bietet Ansätze – mehr vorerst nicht, um Mehrheiten zu suchen, die im Geiste der Bürgerbeteiligung den vage skizzierten Änderungen Ziel und Richtung geben können.

Im Vorfeld der Europawahl lohnt sich die Lektüre der kurzen, prägnanten Beiträge. Sie gleichen zwar einem Kursbuch des Ungefähren, weil die dominierende Rettungshast den Blick für bestandskräftige, inspirierende Politikentwürfe verstellt. Denn die Eurokrise überlagert alles, und sie zerquetscht jeden vorwärts weisenden Gestaltungsspielraum. Eine breite linke Debatte duldet deshalb keinen Aufschub. Die Hauptgefahr im Kompetenzdschungel ist bekannt und wird klar benannt: Solange immer neue unverständliche, bestenfalls mäßig legitimierte »Rettungs«-Aktionen in der längst nicht bewältigten Eurokrise aufeinander folgen, haben Populisten und Europa-Gegner leichtes Spiel, parlamentarischen Gewicht zu erlangen.

Die Suche nach klaren progressiven Antworten ist dringend geboten, um die lähmende Wirkung der Merkschen ökonomistischen Drohkulisse »Scheitert der Euro, scheitert Europa« zu entschärfen.

Schließlich beweisen die vorliegenden Texte, wie introvertiert vor lauter Euro-Erschütterungen im Moment die Debatten verlaufen. Nur eine einzige Autorin des Sammelbandes – die ehemalige Justizministerin Herta Däubler-Gmelin – erinnert daran, dass die EU doch eigentlich Trägerin des Friedens-Nobelpreises ist. In normalen Zeiten würde solch eine hohe Ehrung bestimmt mit globaler Verantwortung übersetzt.

• Helge-Heinz Heinker

Ernst Hillebrand/Anna Maria Keller: Für ein anderes Europa. Beiträge zu einer notwendigen Debatte, Bonn: Dietz 2014, 191 S., 16,80 Euro.

Das fremde und das eigene Leben

Friedrich Schorlemmer legt ein Buch über sein politisches Leben vor

Der Wittenberger Theologe Friedrich Schorlemmer nannte es in der »Mitteldeutschen Zeitung« richtig, die Leipziger Montagsdemos ins Zentrum zu rücken: Ohne den 9. Oktober kein 9. November.

Obiger Fakt wurde kürzlich nicht nur in der angeführten Zeitung wiedergegeben sondern auch andernorts zitiert. Ein weiteres Beispiel dafür, dass seit über zwei Jahrzehnten Gedanken und Äußerungen des Wittenbergers noch immer gern durch die unterschiedlichen Medien verbreitet werden. Sagt keiner was, dann fragen wir bei Schorlemmer an, ob er uns ein Interview gibt, so hieß es schon vor Jahren in vielen Redaktionen. Das machte das SPD-Mitglied zum mitunter übermäßig präsenten Antwortgeber.

Jetzt legt der immer noch gern Gefragte eine dicke Autobiographie über sein, wie es heißt, politisches Leben vor. Wird da das andere wahre Leben, was das nun auch immer sein mag, ausgeklammert? Das entscheide der Leser nach diesen über 500 Seiten selbst. Ich tendiere nach der Lektüre des spannenden mitunter aufwühlenden Buches zum Nein.

So eine Wertung gleich zu Beginn einer Rezension? Den Begriff Rezension nehme ich zurück, denn ich habe nicht das Recht anderes Leben zu rezensieren, sondern höchstens zu reflektieren. Rein formal bieten die Seiten eine Aneinanderreihung und Fülle von Tatsachen und Ereignissen. Da wird jeden Geburtsjahrgang etwas anderes bewegen.

Am Morgen des 21. August 1968 weckte mich mein Vater früh um sechs mit dem waschwasserkalten Satz: »Friedrich, steh auf! Die Rus-

sen sind in Prag einmarschiert« – so beginnt das Buch, und erinnerte mich, dafür kann Schorlemmer nun nichts, sofort an die Ängste, die ich damals hatte. Ich war an diesem Morgen auf dem Weg zur Lehrausbildung, hatte die Nachricht auch im Ohr, und dachte leicht verunsichert an der Straßenbahnhaltestelle: »Jetzt geht wohl bald der dritte Weltkrieg los.« Friedrich Schorlemmer war an jenem Tag 24 Jahre jung, ich gerade mal 17. In jenem Jahr beteiligte sich der Wittenberger an Aktionen gegen die neue Verfassung der DDR und den militärischen Einmarsch in der Tschechoslowakei. Ich ließ mir in der FDJ und in der Berufsschule die politische Lage anders erläutern.

*

Klar sehen und doch hoffen, ein enorm schwieriger und doch schöner Titelgedanke dieses Buches. Man begegnet ihm immer wieder, sei es beim Hinabsteigen in den trockengelegten Brunnen DDR, oder, um mal im Heute anzukommen: Ostdeutsche würden auch das Individuelle dem Kollektiven unterordnen und zu viele Erwartungen an den Staat richten.

Ich lese bei Schorlemmer, mit inzwischen ein paar eigenen Jahrzehnten auf dem Buckel, dass viele Leute von der Freiheit gar nichts haben, weil sie sie nicht mehr bezahlen können. Mir ist die Doppeldeutigkeit und die Einseitigkeit dieser Formulierung bewusst. Und: Das muss ich mir nicht mehr antun ... diese modische und oft zu hörende Floskel, ist bei ihm zu lesen und in vielen Gesprächen zu hören. Auf diesen Gedanken stößt man auch in diesem Buch, denn er treibt den Wittenberger offenbar um. Jüngere haben stattdessen auf manches keinen Bock und klinken sich aus.

Schorlemmers Buch gibt zu allem nicht etwa wohlfeile Antworten, da bleibt er sich treu. Gott sei Dank! – so darf man in seinem Fall formulieren. Wenn ich dann auf den letzten Seiten lese: *Das Leben mag schnell dahinfahren – ich fahre langsamer, kaue bedächtiger, höre genauer, sehe mehr denn je. Und: Ich bin ganz unruhig und noch ungeduldiger als früher...* dann »treffen« wir uns.

Ich verstehe nach 524 Seiten etwas mehr von Schorlemmers Leben und dadurch etwas mehr von meinem eigenen, obwohl wir uns nie persönlich begegnet sind. Wunderbar, wenn ein Buch so etwas bewirkt ...

• Michael Zock

Friedrich Schorlemmer: Klar sehen und doch hoffen. Aufbau Verlag, Berlin 2014, 524 S., 12,99 Euro.



ANNOTIERT

Nützliche Mitteilungen

Unter der bewährten Redaktion von Rainer Holze und Birgit Leske hat der »Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung« seine wissenschaftlichen Mitteilungen, Heft 45, vorgelegt.

Es informiert über eine Podiumsdiskussion am 27. November 2013 über die im Koalitionsvertrag vorgesehene Novellierung des Bundesarchivgesetzes, die der Verbesserung der Nutzer- und Wissenschaftsfreundlichkeit dienen soll. Gleichmaßen werden das Archiv des Arbeiter-Samariter-Bundes Deutschland e.V., der 2013 sein 125-jähriges Jubiläum beging, und der Bestand »Zeitgeschichtliches Archiv« im Berliner Zentrum für Kultur- und Zeitgeschichte des 20. Jahrhunderts behandelt.

Über das vielfältige Gedenken aus Anlass des 100. Geburtstages des Namensgebers der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung berichtet Bernd Rother, stellv. Geschäftsführer der Stiftung.

Neues zum illegalen Wirken der SAP 1933 bis 1934/35 teilt Günter Wehner mit. Dem folgen Informationen über Mitteilungsblätter, Kurzbestandsübersichten und Findbücher von Archiven der neuen Bundesländer und Berlin, von Archiven der Parteien und Organisationen, von wissenschaftlichen und kulturellen Institutionen (XXXVI), die sich auf Brandenburg und Thüringen beziehen. Von besonderem Interesse dürften die Publikationsfindbücher des Archivs Demokratischer Sozialismus sein, die vom Gründungsjahr der SED/PDS 1989 bis zum 3. Parteitag der PDS im Januar 1993 reichen.

Unter den Tagungsberichten ist der ausführliche Bericht des Schweizer Archivars Urs Kälin über die Ergebnisse der 44. Tagung der International

Association of Labour in Budapest im September 2013 – ihr Hauptredner war Jürgen Kocka – hervorzuheben.

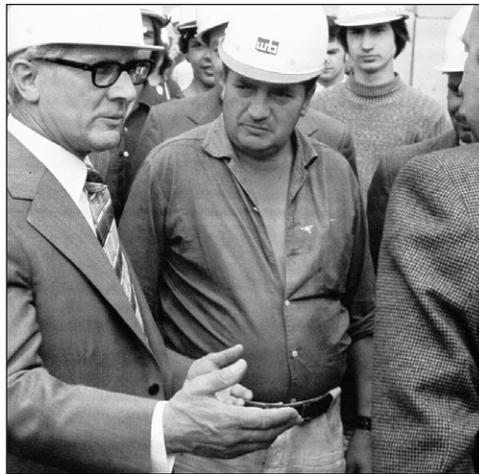
Des weiteren wird das Konzept für das Forschungsprojekt »Der sozialistische Hochschullehrer« – Zur Wirkung der DDR-Hochschulpolitik auf Berufsverständnis und Berufspraxis der Hochschullehrenden am Beispiel der Humboldt-Universität-Berlin (1946 bis 1990)« vorgestellt. Die Mitteilungen schließen ab mit der Gratulation zum 80. Geburtstag von Annelies Laschitzka, mit Aktivitäten der Vereinsmitglieder und angezeigten Vorträgen sowie Rezensionen von M. Neuhaus, R. Holze/B. Leske, G. Benser, A. Weipert, S. Prokop und B. Hüttner.

• Kurt Schneider

Mitteilungen des Förderkreises, Nr. 45 vom März 2014. Anschrift des Förderkreises: Finkenstein-Allee 63, 12205 Berlin. Schutzgebühr 3 Euro zuzüglich Versandgebühr.



Empfang in Berlin für die Ministerpräsidentin der Republik, Indien, Indira Ghandi, im Juli 1976.



Gespräch in Helsinki im August 1975 mit Monsignore Agostino Casaroli, Sekretär des Vatikan. Fotos: ADN

Die Würde des Menschen ist antastbar

Gedanken zum 20. Todestag Erich Honeckers

Vor 20 Jahren, am 29. Mai 1994, verstarb im chilenischen Exil Erich Honecker, der in den 1970er und -80er Jahren oberster Repräsentant der DDR gewesen war. Sein Name wird mit der Geschichte und Politik dieses Landes immer verbunden bleiben, mit seinen Erfolgen und Leistungen, aber auch mit den Mängeln und Fehlern, die zu seinem Ende beitrugen.

Zwar gibt es Journalisten wie Peter Heimann, die unlängst prophezeiten: »Vor hundert Jahren geboren, könnte er schon bald vergessen sein.« Da ist der Wunsch der Vater des Gedankens. Dass es anders sein wird, dafür hat vor allem die Siegerjustiz gesorgt.

Am Ende seines Lebens wurde der Repräsentant der DDR wegen Hochverrats und Totschlags angeklagt und in der Haftanstalt Berlin-Moabit eingekerkert, demselben Ort, an dem er schon zehn Jahre in Nazikern als junger Antifaschist wegen »Hochverrats« verbracht hatte.

Der »Spiegel« vom 26. Februar 1990 dichtete Honecker an, er habe illegal ein Konto mit 75 Millionen D-Mark angehäuft.

Die Verbrechen, die ihm zur Last gelegt wurden, hatte er nie begangen, und die, die ihn anklagten, wussten das. Das Staatsoberhaupt der DDR sollte einen der Sündenböcke spielen, von denen Willy Brandt damals sagte: »Zu den weniger sympathischen Erscheinungsformen des Umbruchs gehört die Jagd auf Sündenböcke ... Auch manche Spitzenleute sogenannter Blockparteien wollten gern vergessen machen, dass sie der SED-Führung nicht widersprachen, sondern in aller Regel nach dem Munde geredet hatten.« (Erinnerungen, 1990, S. 507)

Erfreulicherweise stimmte nicht jeder, der mit Erich Honecker rote Teppiche abgescritten ist, in den Wechsel vom Hosianna zum »Kreuziget ihn!« ein.

Die warmherzigste und respektvollste Würdigung des DDR-Oberhaupt kann der Leser in den »Erinnerungen« von Franz-Joseph Strauß finden. Da Strauß 1988 verstorben ist, können wir leider nicht mit Gewissheit sagen, ob er sich 1990 der staatlich organisierten Hexenjagd gegen Honecker angeschlossen hätte.

Es meldeten sich auch faire Widersacher des Staatsratsvorsitzenden zu Wort.

Einer war Günter Gaus, in den 1970er Jahren Leiter der BRD-Vertretung in Berlin. »Fehler hin, Fehler her, die Erich Honecker gemacht hat – ich habe nach wie vor Respekt vor seiner Lebenshaltung. Er hat in den späten 70er und in den frühen 80er Jahren eine außen- und sicherheitspolitische Position eingenommen, die ihn wahrscheinlich auch in Zweispalt mit der Vormacht Sowjetunion gebracht hat. Ich hatte immer Anlass anzunehmen, dass der Satz, es darf von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen, für Erich Honecker keine Phrase war ... Ich hätte es gerne, dass dieser alte Mann liest, was ich ihm hier Gutes nachsage.« (NBI 48/1989) Gaus verwies darauf, dass es zur Koexistenz nur die Alternative »No-Existenz« gegeben hat.

In der Tat: In die Amtszeit Erich Honeckers fällt die Aufnahme beider deutscher Staaten in die Vereinten Nationen 1973, der Grundlagenvertrag zwischen der BRD und der DDR, die Konferenz in Helsinki 1975 und der Staatsbesuch Honeckers in der BRD 1987. Auch Helmut Schmidt würdigte, dass Erich Honecker seinen Handlungsspielraum genutzt habe, um die Entspannung zu fördern. (Menschen und Mächte, S. 74)

Es würde sich lohnen, solche Urteile zu dokumentieren, weil sie die Borniertheit und Kurzsichtigkeit jener juristischen und publizistischen Ankläger beweisen, die Erich Honecker und

damit die DDR in die finstere Ecke totalitärer Diktaturen verbannen möchten. Die Gleichsetzung der Hitlerdiktatur mit der DDR soll heute Bürgerpflicht werden. Die Bundestagsmehrheit hat das im Juni 2013 beschlossen.

Dass 2013 die Geschichtsklitterung über die DDR Staatsdoktrin werden konnte, hängt mit der inzwischen 25 jährigen Manipulation der Erinnerung von Millionen zusammen. Die Lügen über Erich Honecker sind ein winziger Teil davon. Ich wähle drei Beispiele aus:

- Der »Spiegel« (52/1990) ließ einen Rolf Haase aus Honnef zu Wort kommen, der Erich Honecker »an dem höchsten Ast eines verdorrten Baumes in einem verdorrten Land hängen« sehen wollte. Dieser liebenswerte Racheengel fand einen Mitstreiter in Thomas Ziesick aus Kaisersbach, der trompetete: »Eine Gnade für Honecker wäre so gut wie eine Ermunterung für andere Bluthunde in der ganzen Welt.« Womit wohl ausreichend erklärt ist, warum es immer noch so viel »Bluthunde« an der Leine des Imperialismus gibt.

- Im »Spiegel« wurden schon Urteile gefällt, ehe ein Urteil gesprochen wurde. Verständliche Emotionen von Wessis oder staatlich verordnete Rache?

- Dem »Stern«, der schon auf die gefälschten Hitler-Tagebücher herein gefallen war, wurden Dokumente zugespielt, die ein Karlsruher Ermittlungsrichter für echt erklärt hatte. Die habilitierte Historikerin Monika Kaiser übernahm selbstlos die Rolle der Denunziantin. Erich Honecker habe im Prozess vor dem Nazi-Gerichtshof 1936 die mitangeklagte jüdische Antifaschistin Sarah Fodorova verraten, die seitdem unauffindbar sei.

(Auch der frühere DDR-Staatsanwalt Peter Przybylski hatte sich an der »Aufdeckung der Lebenslüge« Honeckers beteiligt.)

Die Wahrheit ist, dass Erich Honecker 1936 zu zehn Jahren Haft verurteilt worden ist, während Sarah Fodorova frei gesprochen worden war. Von Friedrich Wolff, der ihn verteidigte, wissen wir, wie Erich Honecker unter der Verleumdung litt.

1992 wendete sich das Blatt. Die »verschwundene« Sarah Fodorova hatte in Israel, wohin sie ausgewandert war, die Verleumdungen gelesen und in einem Brief an die Illustrierte gegen die lügenhafte Behauptung protestiert. Sie rühmte das Verhalten ihres Mitangeklagten Honecker vor dem Nazi-Gericht. Dass der »Stern« sich bei Erich Honecker oder den Lesern entschuldigt hat, ist nicht bekannt.

Zu den Gemeinheiten bei der Treibjagd gegen Erich Honecker, die Klaus Huhn dokumentiert hat, gehört auch das Zusammenspiel von deutscher Justiz und Diplomatie mit korrupten Moskauer Medizinern, die den todkranken Honecker als gesund begutachteten, und Gorbatschow, der den Staatsoberhaupt der DDR an seine Todfeinde ausliefern ließ. Brutus nahm eine »moderne« Gestalt an.

Wenn die heutigen Mächtigen in Deutschland ein Gewissen hätten, müssten sie sich der Schande bewusst sein, die sich aus der Tatsache ergibt, dass Erich Honecker 20 Jahre nach seinem Tode nicht einmal ein Grab in seiner Heimat hat.

Ob der Präsident-Pfarrer Ahnung von der christlichen Moral hat, auf die er sich beruft?

• Horst Schneider

Literatur:
Erich Honecker: Moabiter Notizen, Berlin 1994;
Erich Selbmann: Der Prozess 527 - 10/92, Berlin 1993;
Klaus Huhn: Rückblick zu Erich Honecker, Berlin 2009.

Im Mai 1949 kam es Ereignissen von historischer Bedeutung, vier Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation Hitlerdeutschlands.

Am 8. Mai hatte der Parlamentarische Rat mit 53 gegen 12 Stimmen das Grundgesetz für den Separatstaat Bundesrepublik Deutschland und damit die staatliche Zweiteilung beschlossen. Die KPD-Abgeordneten verweigerten die Zustimmung, die SPD stimmte zu. Am 12. Mai übersandten die Militärgouverneure der Westmächte ihr Genehmigungsschreiben an den Ratsvorsitzenden Dr. Adenauer. Nach Zustimmung der westdeutschen Länderparlamente zu diesem Gesetz wurde es am 23. Mai 1949 durch die Militärgouverneure in Kraft gesetzt – ohne Votum durch die Bürger.

Am 15. und 16. Mai fanden in der sowjetischen Besatzungszone und in Ostberlin Wahlen zum 3. Deutschen Volkskongress statt. Der Stimmzettel hatte folgenden Wortlaut: »Ich bin für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Friedensvertrag. Ich stimme für die nachstehende Kandidatenliste zum Dritten Deutschen Volkskongress.« Von über 13,5 Millionen Stimmberechtigten beteiligten sich 95,2% an der geheimen Wahl. 66,1% stimmten für die Politik der Volkskongressbewegung und die Kandidaten.

Diese Wahl basierte auf einer gemeinsamen Liste aller demokratischen Parteien und der größten Massenorganisationen. In den westlichen Besatzungszone konnten diese Wahl und diese Abstimmung infolge von Verboten und Behinderungen nicht stattfinden.

Vor 65 Jahren:

Der 3. Deutsche Volkskongress

Am 29. und 30. Mai 1949 tagte in Berlin im Admiralspalast der 3. Deutsche Volkskongress. 1441 Delegierte aus der sowjetischen Besatzungszone nahmen daran teil, darunter 251 Industriearbeiter, 18 Landarbeiter, 101 Bauern, 55 Handwerker, 671 Funktionäre der Parteien, der Volkskongressbewegung und staatliche und private Angestellte, 18 Hausfrauen, 6 Rentner sowie 85 Gäste. Aus den westlichen Besatzungszone waren trotz Verbot und Behinderungen 528 Delegierte und 119 Gäste anwesend.

In seiner Eröffnungsrede rief Wilhelm Pieck dazu auf, auch jene Kräfte in den nationalen Kampf einzubeziehen, die in der Volkskongressbewegung noch nicht erfasst waren, aber ebenfalls für einen baldigen Friedensvertrag und die Erhaltung der nationalen Einheit Deutschlands eintraten. Otto Grotewohl sprach zur Einheit Deutschlands und zum Verfassungsentwurf für eine gesamtdeutsche demokratische Republik. Dieser Entwurf war zuvor von großen Teilen der Bevölkerung diskutiert worden. Er wurde gegen eine Stimme angenommen.

Im »Manifest an das deutsche Volk« rief der Kongress alle Deutschen auf, die Nationale Front für Einheit und gerechten Frieden zu stärken mit dem Ziel eines einigen, unabhängigen Deutschlands, dem baldigen Abschluss eines Friedensvertrages und des Abzugs aller Besatzungstruppen. Der Kongress wählte eine 22-köpfige Delegation, die auf der Pariser Konferenz des Rates der Außenminister, die am 23. Mai begonnen hatte und bis zum 20. Juni tagte, die Interessen des deutschen Volkes vertreten sollte. Von den Westmächten wurde der Empfang abgelehnt.

Der Kongress wählte einen Volksrat, eine Art provisorisches Parlament. Ihm gehörten 330 Mitglieder an (SED 90, CDU 45, LDPD 45, NDPD 15, DBD 15, SPD von Berlin 5, FDGB 30, FDJ 10, DFD 10, Kulturbund 10, Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe 5, bäuerliche Genossenschaften 5 und 35 Persönlichkeiten).

Die UdSSR setzte noch immer auf ein neutralisiertes, blockfreies, einheitliches Deutschland, wollte eine gegensätzliche Zweistaatlichkeit vermeiden.

Das Konstrukt eines separaten ostdeutschen Staates galt nur als zweite Wahl. Angesichts des Agierens des Westens wurden über die politische Führerschaft der SED die Volkskongressbewegung gestärkt und mit der Konstituierung des Deutschen Volksrates und der Verabschiedung eines Verfassungstextes (eigentlich für ganz Deutschland gedacht) auch die Weichen gestellt für eine nunmehrige Staatsgründung im Osten des Landes.

• Winfried Steffen

1 / KALENDERBLATT

Vor 70 Jahren hingerichtet:

Bruno Stein

Es gehörte zu den deutschen Kommunisten, die nie eine zentrale Funktion in der Partei bzw. für die Partei ausgeübt haben und deshalb in der Geschichtsschreibung kaum genannt werden. Das gilt insbesondere für ausgeübte geheimdienstliche antifaschistische Tätigkeiten. Nicht wenige Betroffene starben auf dem faschistischen Schafott. H. Weber und A. Herbst haben den politischen Lebensweg von Bruno Stein in ihrem Supplement zum »Biografischen Handbuch Deutsche Kommunisten« skizziert.

Geboren am 8. März 1888 in Berlin und von Beruf Schlosser und Elektrostallateur; trat er 1914 der SPD bei und fand über die USPD 1919 den Weg zur KPD. Politisch in Berlin-Moabit tätig, war er mit der Beherbergung politischer Emigranten aus den Balkanländern betraut, darunter 1923 Georgi Dimitroff. 1928 zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, arbeitete er anschließend in der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin, bevor er 1930 in der UdSSR zum Funker für den Nachrichtendienst ausgebildet wurde. Im Auftrag der Komintern und der sowjetischen Abwehr richtete er ein Installationsgeschäft für Radioersatzteile in der Pasteurstraße in Berlin Prenzlauer Berg ein. Zusammen mit seinem Sohn Gerhard trug er dazu bei, Nachrichten in die Sowjetunion zu übermitteln. Ergänzend zu den Angaben im Handbuch ist zu vermerken, dass – vermutlich im Auftrag sowjetischer Dienststellen – Bruno Stein und sein Sohn am 21. Dezember 1936 zum Schein V-Mann des Kommunismus-Dezernat des Geheimen Staatspolizeiamtes Berlin, Sachgebiet »Auswertung, Beobachtung der bolschewistischen Bewegung im Weltmaßstab«, wurden.

Nach Geschäftsaufgabe aus Gründen der Sicherheit 1940 schloss er sich einer antifaschistischen Widerstandsgruppe an. Am 7. Mai 1943 wurde er verhaftet und am 19. April 1944 vom VGH wegen »Wehrkraftzersetzung und Spionage« zum Tode verurteilt. Am 30. Mai 1944 erfolgte die Hinrichtung in Brandenburg-Görden.

Gemeinsam mit ihm waren seine Frau Marie, seine Schwester Johanna und deren Ehemann Bruno Hinz verhaftet worden. Sie alle wurden 1944 in Berlin-Plötzensee bzw. in Brandenburg hingerichtet. Lediglich sein Sohn Gerhard, der als Wehrmachtangehöriger in sowjetische Kriegsgefangenschaft geriet, überlebte. 1953 konnte er nach Deutschland zurückkehren. Am 12. Januar 1990 verstarb er in Berlin.

• K. Schneider

Leipzig auf den zweiten Blick (12)

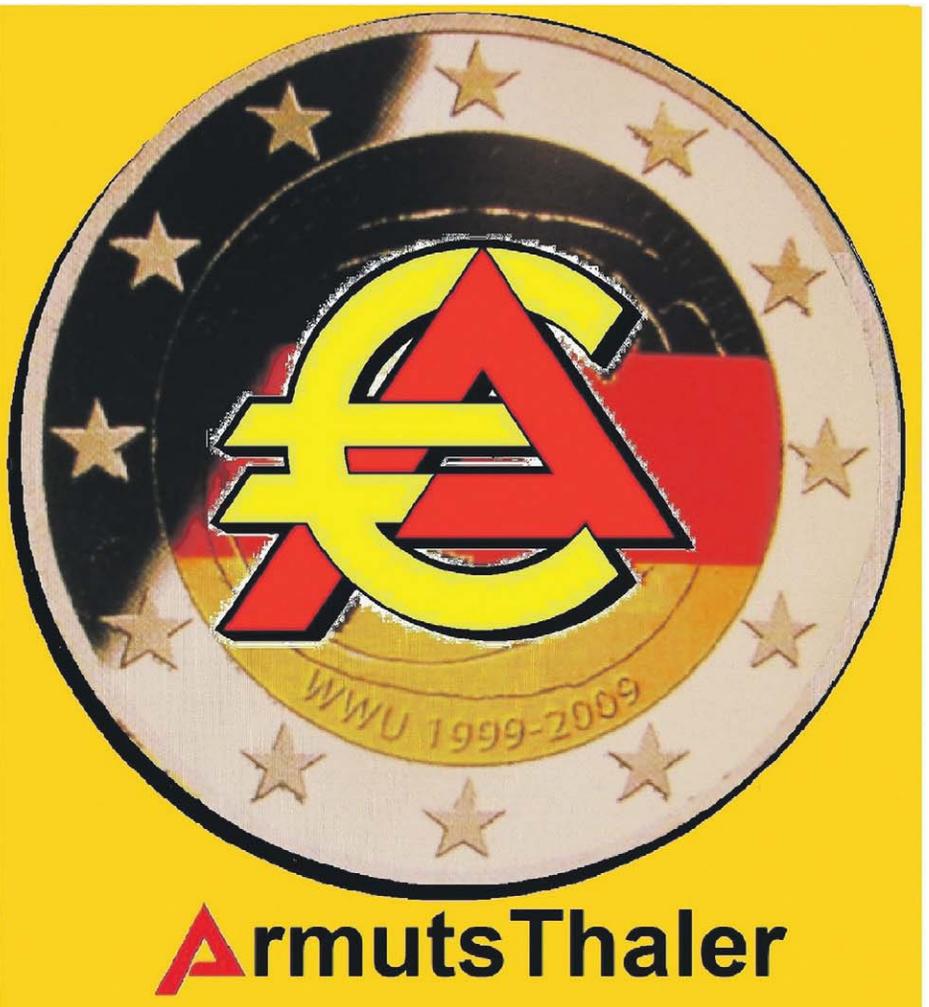
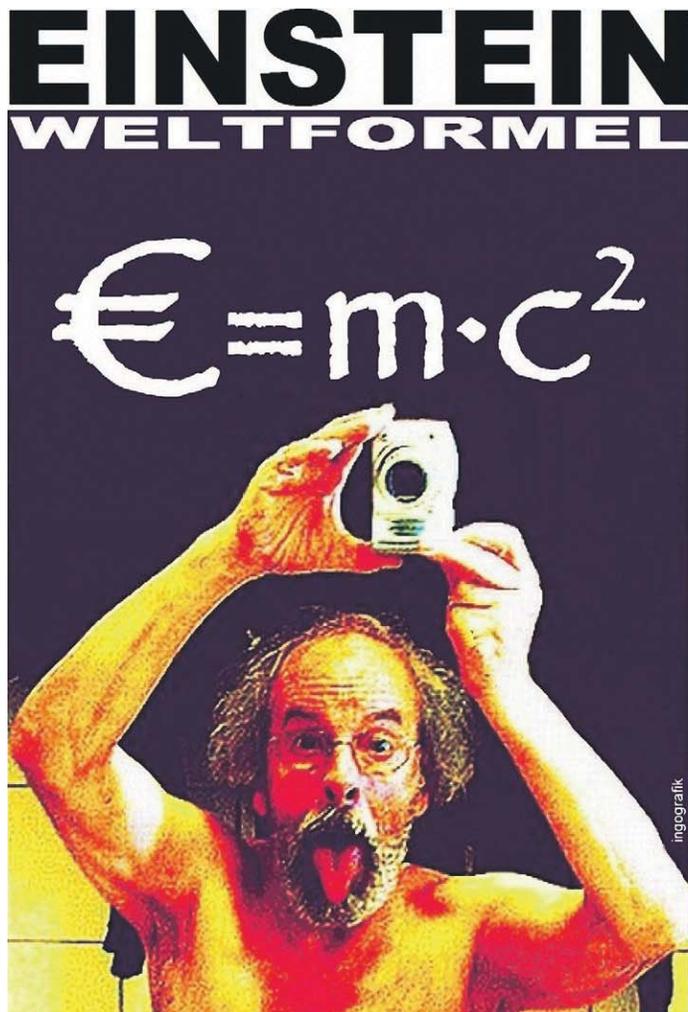
»Elstertal« mit diesem Namen verbanden sich in Leipzig-Schleußig Erholung, Tanz und Politik. Vermutlich hatte das alte »Elstertal« durch das Hochwasser, welches die Rödelstraße im Februar 1909 unter Wasser gesetzt hatte, gelitten. 1912 wurde es abgerissen und durch einen neuen Komplex ersetzt, mit Saal und Hotel. Im Garten spendeten große Kastanienbäume im Sommer Schatten. Eine vorhandene Kegelbahn fand regen Zuspruch. Schon 1918 fanden häufig Arbeiterversammlungen statt. Datiert ist für 1946 eine Einigungskonferenz zwischen KPD und SPD. Drinnen gab es in den 1960er und 70er Jahren Jugendtanz zu Beat- und Live-Musik. Der Saal ist längst abgerissen, das Hauptgebäude inzwischen in einem traurigen Zustand, der sich wahrscheinlich nicht sobald ändern wird.

- jomi / Foto: privat




BRIEFKASTEN

Vor Tagen in unserem Postfach entdeckt: Wir verstoßen, mit Einverständnis des Absenders Hartwig Runge aus Leipzig, gegen das Briefgeheimnis und regen mit »Einstein« zum Nachdenken an.



Nun liegt der Untersuchungsbericht vor. Auf 724 Seiten wird aufgelistet, wie es zur Kostenexplosion und den Bauverzögerungen bei der Elbphilharmonie kommen konnte. Schuld sind unfertige Baupläne und überforderte Politiker. So müssen sich der damalige CDU Bürgermeister Ole von Beust und sein damaliger Senat vorwerfen lassen, dass das Projekt von Beginn an auf eine schiefe Bahn gesetzt wurde, sowie leichtfertig auf Kontrollen und Sicherungen verzichtet zu haben.

So sei die Elbphilharmonie zum Spielball des Generalunternehmers Hochtief und der Architekten Herzog & de Meuron geworden. Im Bericht dazu: »Diese hatten weniger das Projektgelingen als ihre eigenen Interessen im Auge – und haben dafür mit harten Bandagen gekämpft.« Die Lehre, die der Parlamentarische Untersuchungsausschuss daraus zieht, ist die Forderung, dass sich Hamburg im Baubereich wieder stärker aufstellen muss. Nun hoffen alle, dass alles ab 2017 spielt und klingt. Und dann werden die gesamten Kosten für den Musentempel an der Elbe feststehen.

Noch immer beschert die Krise in der Schifffahrt der HSH Nordbank –

eine gemeinschaftliche Bank der Bundesländer Hamburg und Schleswig-Holstein – tieftrote Zahlen. Der Verlust betrug im vergangenen Jahr 814 Millionen Euro. Noch immer bestehen höhere Risikovorsorgen für die ausgereichten Schiffskredite. Eine Besserung der Situation im Reedereigewerbe ist nicht in Sicht. Dabei wurde die HSH Nordbank im Krisenjahr 2008 nur durch Kapital-spritzen von Hamburg und Schleswig-Holstein vor dem Zusammenbruch gerettet. Mitte 2013 wurde die Ländergarantie von sieben auf zehn Milliarden Euro mit Steuergeld aufgestockt. Da es bei der HSH Nordbank noch immer nicht rund läuft, wurde ein neuer Sanierer an Bord der Bank geholt. Ob Stefan Rensinghoff der Bank eine Wende bringt, das wird die Bilanz 2014 zeigen.

Hamburger Korrespondenz

Kostenexplosion / Baupläne / Mai-Demo

Von der Krise in der Schifffahrt ist auch Hapag-Lloyd betroffen. Den Betrieb hat die chilenische Reederei CSAV neu formiert. Der Fusionsvertrag wurde im April von beiden Unternehmen in Hamburg unterzeichnet. Die künftig viertgrößte Reederei weltweit mit ihren mehr als 200 Schiffen kommt auf einen Gesamtumsatz von rund 8,7 Milliarden Euro. Noch muss der Hamburger Senat dem Verhandlungsergebnis zustimmen. Neubaupläne in Hamburg stoßen immer wieder auf großen Widerstand. Für den Neubau der »Esso-Häuser« auf der Reeperbahn pocht eine gleichnamige Initiative auf Mitsprache, die keine weitere Schickimisierung auf St. Pauli will. Streit gibt es auch um die Zahl der Sozialwohnungen. Die Stadt verlangt 50 Prozent, der Eigentümer der

Fläche, die Bayerische Hausbau nur 30 Prozent mit öffentlichen Mitteln geförderte Wohnungen.

Widerstand gegen den Plan in einer ehemaligen Bundeswehrimmobilie im Stadtteil Harvestehude Wohnungen für Flüchtlinge umzubauen. Hier sind es die betuchten Anlieger, die gegen die Pläne der Sozialbehörde anlaufen. Hier sollen maximal 220 Menschen in 23 Wohneinheiten eine Unterkunft erhalten. Zur Unterstützung der Asyl-Unterkunft hat sich bereits eine Initiative gegründet. In diesem Jahr rechnet Hamburg mit 4600 Flüchtlingen, die untergebracht werden müssen. Noch immer ist sozialer Wohnraum in der Stadt knapp.

Rund 2000 Gewerkschafter nahmen an der 1. Mai-Demonstration zum »Tag der Arbeit« in der Hansestadt teil. In ihrer Ansprache als Hamburger DGB-Vorsitzende forderte Katja Karger eine sofortige Beendigung des Lohndumpings. Der richtige Weg einer Verhinderung ist der kommende Mindestlohn. Neben der Hamburger Mai-Demo vom Lohmühlenpark zum Gewerkschaftshaus gab es zwei weitere in den Stadtteilen Bergedorf und Harburg.

• K.-H. Walloch

Amazon, Zalando und Co. sind Spitzenreiter der prekären Beschäftigung und katastrophalen Arbeitsbedingungen – Was tut die Politik dagegen?

Podiumsdiskussion

Montag, 19. Mai, 17.00 Uhr

**Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Nonnenstraße 58 in Leipzig**

U.a. mit: Sabine Zimmermann,
MdB DIE LINKE. DGB Gewerkschaftssekretärin Region Südwestsachsen,

Cornelia Falken,
MdL DIE LINKE. GEW Kreisvorsitzende Leipzig, Stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Sächsischen Landtag, stellvertretende Parteivorsitzende Sachsen

William Grosser,
Leipziger Stadtrat, Wirtschafts- und beschäftigungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE

Wer heute einen Job sucht, findet häufig keine feste und gut bezahlte Arbeitsstelle, sondern nur eine prekäre Beschäftigung. Prekär bedeutet, man wird schlecht entlohnt, hat kaum Arbeitnehmerschutz und wenig berufliche Perspektiven. Immer mehr Menschen müssen sich mit einem Minijob, einem befristeten Arbeitsvertrag, einem Leih- oder einem Teilzeitarbeitsverhältnis zufrieden geben. In den 1990er Jahren war nur jeder fünfte Arbeitnehmer in einem solchen atypischen Beschäftigungsverhältnis, heute ist es bereits jeder Dritte.

Prekäre Beschäftigung wird zu meist niedrig entlohnt. Mehr als 80 Prozent der Minijobs liegen unterhalb der Niedriglohngrenze von 9,15

Euro, rund 41 Prozent der Befristeten ebenso. Bei den Leiharbeitern liegt der Niedriglohnanteil bei über 70 Prozent. Frauen sind besonders häufig von prekärer Beschäftigung betroffen. Nur 45 Prozent der Frauen arbeiten in einem normalen Arbeitsverhältnis. Auch Jugendliche sind zunehmend Opfer dieser Entwicklung. 32 Prozent der unter 35jährigen haben einen unsicheren Job in Form von Befristungen oder Leiharbeit.

Dass es immer mehr prekäre Arbeit gibt, ist nicht naturgegeben. Die Regierungen Schröder und Merkel haben sie im Gegenteil gezielt gefördert. Prekäre Arbeit ist fester Bestandteil einer arbeitsmarktpolitischen Strategie, die das Prinzip »jede Arbeit ist besser als keine« in den Mittelpunkt stellt. Arbeit um jeden

Preis, ohne Rücksicht auf die Folgen für die Beschäftigten und die Gesellschaft. Die Folgen sind aber verheerend. Die Löhne sinken, Armut trotz Arbeit und Unsicherheit sind weit verbreitet. Die Sozialversicherungen leiden unter prekärer Beschäftigung, da ihre Einnahmen wegen der niedrigen Löhne zurückgehen. Die Qualität von Arbeit wird schlechter und Unsicherheit nimmt zu.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass prekäre Beschäftigung abgebaut und Existenz sichernde Arbeit aufgebaut wird. Wer arbeitet, muss davon leben und sicher in die Zukunft blicken können sowie arbeitsrechtlich abgesichert sein. Außerdem ist es wichtig, dass die Beschäftigten mitbestimmen können und ihre Arbeit sie nicht krank macht.

Die Fraktion DIE LINKE fordert, dass prekäre Beschäftigung eingedämmt wird. Minijobs dürfen nicht mehr gefördert werden. Jede Stunde Arbeit muss der vollen Sozialversicherungs- und Steuerpflicht unterliegen. Der Leiharbeit muss als Sofortmaßnahme das Prinzip »gleicher Lohn für gleiche Arbeit« ab dem ersten Einsatztag ohne Ausnahme gelten, langfristig muss Leiharbeit verboten werden. Auch die Möglichkeiten, einen Arbeitsvertrag zu befristen, müssen deutlich eingeschränkt werden, damit der unbefristete Arbeitsvertrag wieder die Regel wird. Nicht zuletzt ist ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von 10 Euro pro Stunde notwendig.

**Marianne Küng-Villebrand
Simon Zeise**



Foto: Eiltzer

Werte Redaktion!

Die letzte Ausgabe von »Leipzigs Neue« (vom April 2014) läßt mich fragen, warum Ihr die erste Seite nicht einfach mit dem Slogan von der Bewusstseins schaffenden Beschäftigung mit Geschichte, der am Eingang des Zeitgeschichtlichen Forums zu lesen ist, und dem werbewirksamen Hinweis (in Groß!) »EINTRITT FREI« aufgemacht habt. Vielleicht wissen ja nicht alle Leser, dass diese Einrichtung (wie auch das »Stasi-Museum«) nicht, wie fast alle anderen Museen und Ausstellungen (oder der Zoo), saftiges Eintrittsgeld verlangt und nicht etwa wie manche bloß einmal im Monat einen eintrittsfreien Tag hat,

sondern täglich ... das Eintrittsgeld ungefragt von den Steuerzahlern erhält!

Nun ja: ich hätte mir nicht träumen lassen, jemals von meiner linken Zeitung zum Besuch dieser Gehirnwäscheanstalt aufgefordert zu werden. Was das konkrete Thema und dessen Behandlung in der Aufmachung der ersten Seite und in dem umfangreichen Beitrag auf den Seiten vier bis fünf betrifft, so »passt« dies perfekt auch zur gegenwärtigen politischen Groß(schlecht)wetterlage. Oder glaubt Ihr etwa, dass dies den Veranstaltern nicht bewusst und von ihnen nicht gewollt wäre? Dass diese Gulag-Ausstellung nicht nur im 25. Jahr nach der sogenannten »Friedlichen Revolution« – einmal mehr dazu beitragen soll, den Leu-

ten (die es nicht besser wissen können) zu suggerieren, dass schließlich auch die DDR nichts weiter als ein einziger GULAG gewesen sei, sondern darüber hinaus auch bestens geeignet scheint, die gegenwärtig recht unfrohliche Urständ feiernde Russophobie zu befeuern? Letzteres klingt in Heinkers Beitrag sogar an.

Im einzelnen wäre so manches zu vermerken. Nur soviel: Die Abbildungen sagen eigentlich vor allem etwas aus über Primitivität und Elend. Aber ist eine Isolierzelle nun für sich genommen etwas Schlimmes oder vor allem weil das Gitterfenster derselben so erbärmlich primitiv aussieht? Und waren armselige bis elende Lebensverhältnisse nicht auch Millionen sowjetischen Bürgern außerhalb der Lager z. B.

durch Bürgerkrieg und faschistische Aggression zuteil geworden bzw. aus zaristischen Zeiten konserviert? Und noch etwas: Heinker propagiert u. a. Eugen Ruges Bücher. Gut und schön – aber erfahren die Leser auch etwas über dessen Verwandten Walter Ruge, selbst in der Sowjetunion unschuldig inhaftiert gewesen, der zu den Büchern seines Neffen (wie auch Publikationen seines Bruders, des Historikers Wolfgang R.) eine andere Haltung hatte und unlängst in hohem Alter als Kommunist verstorben ist?

Fazit: Das von LN beworbene »Zeitgeschichtliche Forum« hat nicht wirklich die geschichtliche Wahrheit im Sinn und wohl auch mit Links nichts zu tun!

BERND KOENITZ, Leipzig



Bestellschein

bitte ausgefüllt schicken an:
LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname
Straße, Hausnummer
PLZ, Ort
evtl. Telefon
e-mail-Adresse

ANSCHRIFT UND KUNDEN-NR. des Werbers* bzw. Geschenkgebers*

* Nichtzutreffendes bitte streichen

Kundennummer
Name, Vorname
Straße, Hausnummer
PLZ, Ort

- Probe-Abo (3,00 Euro für ein Vierteljahr)
- Normal-Abo (10,80 Euro im Halbjahr)
- Studierenden-Abo (10,80 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises
- Internet-Abo (15,00 Euro im Jahr)

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis zusätzlich 5,00 Euro.

- Ich bitte um Rechnung
 - Ich bezahle durch Bankeinzug
- Geldinstitut
BLZ
Kontonummer
Kontoinhaber
Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers
Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.
2. Unterschrift des Auftraggebers

Die Zeitung erscheint monatlich und wird **bundesweit** über die Post/e-mail zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis **einen Monat vor Bezugsende** in der Redaktion kündigt.

Buchhandlung Rijap

Neu bei uns:

Bernd Brückner
An Honeckers Seite.
Der Leibwächter des ersten Mannes
edition ost 16,99 EURO

Jürgen Eger
Wer war Schabowski? Ein Nachruf
edition ost, 9,99 EURO

Dieter Skiba, Reiner Stenzel
Im Namen des Volkes
Alle Ermittlungs- und Gerichtsverfahren
in der DDR gegen Nazi- und
Kriegsverbrecher
edition ost, 17,99 EURO

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch
in Leipzig ab 20 Euro frei Haus.
In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto.

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet
Tel./ Fax: 0341 - 5 90 60 74
www.buchhandlung-rijap.de



In Leipzig finden Sie uns in der
Filiale Eutritsch
04129 Wittenberger Str. 56
Filiale Mockau Center
04357 Mockauer Str. 123
Filiale Wallmann
04155 Georg-Schumann-Str. 52

Museum für Druckkunst

Leipzig, Nonnenstr. 38

18.5., 11–17 Uhr, Tag der offenen Tür: Seit 20 Jahren macht das Museum Gieß-, Setz- und Druckverfahren in einem funktionierenden Werkstattbetrieb erlebbar. An diesem Tag sind alle Ausstellungsbereiche des Museums geöffnet und machen mehr als 500 Jahre Druck- und Mediengeschichte nachvollziehbar. Daneben gibt es zahlreiche Mitmach-Angebote für große und kleine Besucher.

Stadtgeschichtliches Museum

Leipzig, Markt 1

Neubau. Böttchergäßchen

Aktuelle Ausstellung

Bis 18.5., *Industriearchitektur in Sachsen erhalten – erleben – erinnern. Leipzig an Wasser und Schiene.*

28.5.-20.7., Studioausstellung: *Leipzig in Black – Porträts und Szenefotos vom Wave Gotik Treffen.* Schnappschüsse und Porträtaufnahmen der letzten 15 Jahre.

18.5., 16 Uhr: Finissage der Ausstellung *Industriearchitektur in Sachsen – Zwischenbilanz Leipziger Industriedenkmale zwischen Nutzung und Verfall*

Altes Rathaus

20.5., 16.30 Uhr, *Begegnung mit Clara Schumann.* Die Sopranistin Ulrike Richter führt singend durch das Museum. Eintritt: 8,50 Euro.

ISOR e. V.

Beratungen für Rentner und angehende Rentner, die Mitarbeiter der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR waren, sowie für diejenigen, die nach der Neufassung des § 6, Abs. 2 AAÜG neu vom Rentenstrafrecht bedroht sind.

Sprechstunden:

jeden vierten Mittwoch,
16 bis 17 Uhr,
im Stadtteilzentrum
Messomagistrale,
Str. des 18. Oktober 10a.

Initiative

Christliche Linke

12.5., 18 Uhr, Gemeindesaal der Nikolaikirche: *Linker Christ und DDR-Bürger.* Referent: Christoph Kleinschmidt
Gäste sind willkommen.

www.melodieundrhythmus.com

POPMUSIK & KLASSENKAMPF

Jetzt am Kiosk

Mit den Ergebnissen der Abstimmung
»Talkin' Bout a Revolution«
Die 10 wichtigsten Revolutionslieder

Rosa Luxemburg

Tel.: 0341-9608531 Fax: 0341-2125877

Dresden, 10. Mai, 11 – 16 Uhr

Workshop *Schreiben auf Leben komm raus!* Mit Uwe Hirschfeld, EHS Dresden. Teilnehmergebühr 5, ermäßigt 3 Euro
WIR AG, Martin-Luther-Str. 21

Dresden, 13. Mai, 19 Uhr

Buchvorstellung: *Ruth Fischer: Ein Leben mit und gegen Kommunisten (1895–1961)*. Mit Prof. Dr. Mario Kessler.
HATIKVA e. V., Pulsnitzer Str. 10

Chemnitz, 14. Mai, 19 Uhr ***

Kritische Theorie – Eine Einführung. Mit Steffen Juhran, Leipzig.
Lokomov, Augustusburger Str. 102

Dresden, 14. Mai, 19 Uhr, ***

Vortrag und Diskussion: *Das Ende der Billigarbeit in China? Industrieller Umbau und Arbeitsbeziehungen im Perlfussdelta*. Mit Dr. Florian Butollo.
WIR AG, Martin-Luthert-Str. 21

Leipzig, 15. Mai, 18 Uhr,

Buchvorstellung und Gespräch: *Dr. Rudolf Franz 1882-1956. Zwischen allen Stühlen – ein Leben in der Arbeiterbewegung*. Mit dem Autor Prof. Dr. Gerhard Engel
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Zwickau, 15. Mai, 17 Uhr

Vortrag und Diskussion: *Krim zwischen Russland und Ukraine – Probleme, Hintergründe und Lösungsansätze*. Mit MdB Stefan Liebzig, Berlin
Politikkontor, Bosestraße 43

Weißwasser, 16. Mai, 18 Uhr

Lesung und Gespräch: *Die Frau meines Vaters*. Mit Anja Röhl, Publizistin und Stieftochter von Ulrike Meinhof
Begegnungsstätte, Gutenbergstraße

Zittau, 17. Mai, 10 Uhr

Lesung und Gespräch: *Die Frau meines Vaters*. Mit Anja Röhl, Publizistin und Stieftochter von Ulrike Meinhof.

Infoladen, Äußere Weberstraße 2

Dresden, 17. Mai, 11 – 16 Uhr

Workshop: *Performen auf Leben komm raus!* Mit Jochen Kretschmer, Schauspieler u. a.
Teilnahmegebühr: 5/3 Euro

Europabüro, Schweriner Straße 50 a

Chemnitz, 17./18. Mai, ganztägig ***

Veranstaltung der Mobilien Jugendarbeit Mitte AJZ e.V. Chemnitz: *Besuch der Gedenkstätte des ehemaligen KZ Mittelbau-Dora*. Um

Anmeldung wird wegen begrenzter Teilnehmerzahl unter: chemnitz@rosalux-sachsen.de oder 0160/97501483 gebeten.

Teilnahmebeitrag: 10 Euro

Chemnitz, 20. Mai, 18.30 Uhr

Vortrag und Diskussion: *Nach dem Machtwechsel in der Ukraine – enttäuschte Hoffnungen und bedrohte Souveränität*. Mit Ivo Georgiev, Leiter des Referates Ost-, Mittelost- und Südosteuropa der RLS
Lesecafé Odradek, Leipziger Straße 3

Leipzig, 21. Mai, 18 Uhr

Vortrag und Diskussion: *Nach dem Machtwechsel in der Ukraine – enttäuschte Hoffnungen und bedrohte Souveränität*. Mit Ivo Georgiev
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Leipzig, 26. Mai, 18 Uhr

Vortrag und Gespräch: *Der große russische Dichter Michail Lermontow*. Mit Prof. Dr. Roland Opitz, Literaturwissenschaftler.
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Leipzig, 27. Mai, 18 Uhr

Vortrag und Diskussion: *Walter Eucken und die Quellen des Ordoliberalismus*. Mit Dr. Uwe Dathe, Jena
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Dresden, 28. Mai, 19 Uhr

Kü – Ki – Tu oder wenn sich Erich Kästner, Egon-Erwin Kisch und Kurt Tucholsky begegnet wären! Mit dem Trio Literale - Marion Neumann, Karin Funke und Gabriel Krappmann.
WIR-AG, Martin-Luther-Straße 21

Leipzig, 29. Mai, 18.30 Uhr
REIHE ROSA L. IN GRÜNAU: *Ukraine - Russland – Krim. Umbruch und neue Grenzverschiebungen in Osteuropa. Rückblick und Annäherung an eine neue europäische Gegenwart*. Mit Boris Krumnow
Klub Gshelka, An der Kotsche 51

Cunnersdorf, 30. Mai, 20 Uhr ***

REIHE Philosophinnen in Cunnersdorf: *Mit Theano von Thurij (Antike) und Hypathia von Alexandria (Spätantike)*.
Alte Schule, Schulweg 10

Chemnitz, 3. Juni, 18.30 Uhr ***

Vortrag und Diskussion: *Von der Schuldbremse zum Systemcrash*. Mit Prof. Dr. Fritz Helmedag, TU Chemnitz
Soziokulturelles Zentrum, Rosenplatz 4

*** in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung: Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V.

Die Veranstaltungen sind öffentlich

Unsere Genossin
Irene Gräber
feiert am 21. Mai
ihren
70. Geburtstag



Herzliche
Glückwünsche
und vielen Dank
für die geleistete
Unterstützung.

Die Mitglieder der
BO Connewitz/Dölitz

Am 22. April feierte
Maria Krämer
ihren
85. Geburtstag,
am 23. Mai begeht
**Manfred
Pörschmann**
seinen
86. Geburtstag.



Beiden Jubilaren
herzliche
Glückwünsche.

Die Genossen der
Basisgruppe Löbnitz
der Partei DIE LINKE

Bürgerverein Messemagistrale

Str. des 18. Oktober 10a

14.5., 14.30 Uhr, *Singen für und mit Alt und Jung.*

15.5., 15 Uhr, Erzählcafé für Senioren: *Wir besuchen die*

Russische Kirche und lernen Elemente der russisch-orthodoxen Religion kennen.

15.5., 19 Uhr, Frühlingskonzert, Kammerchor Leipziger Volkssingakademie: *Unsterblich duften die Linden.*

Eintritt: 3/ermäß. 2 Euro

22.5., 15 Uhr, Offenes Café mit Thema: *Mobil im Alter – wir sind dabei*. Mit Herrn Leker von den LVB

23.5., 15.30 Uhr: *Fotomosaik aus Naturfotos – phantasievoll zusammengefügt.*

Kosten: 0,30 Euro

LEIPZIGS NEUE

Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V.,
Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Tel.: 0341 / 21 32 345
Fax: 03212 / 11 80 370
E-Mail: redaktion@leipzig-neue.de
Internet: www.leipzig-neue.de
Bankverbindung: Sparkasse Leipzig
BLZ 860 555 92 - Konto 1 150 114 840
IBAN: DE60 8605 5592 1150 1148 40

Sprechzeiten: Mo 10 bis 12 Uhr / Di 13 bis 15 Uhr

Redaktion:

Kurt Schneider, Roman Stelzig, Helmut Ulrich,
Michael Zock (V.i.S.P.)

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung,

Anzeigen, Werbung:
Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice,
Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig.

Druck: Nordost-Druck GmbH & Co. KG Neubrandenburg

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss

dieser Ausgabe: 5. Mai 2014

Die nächste Ausgabe erscheint am 7. Juni 2014

quer gedacht
von Eva Lenn

Unkaputtbar

Wer hat sich nicht schon geärgert, wenn die neue Kaffeemaschine oder der neue Rasierapparat wenige Wochen nach Ablauf der Garantiezeit ihren Geist aufgegeben haben und der Wunsch nach Reparatur vom Hersteller abgelehnt wird mit der Begründung, der sei nicht reparabel? Statt dessen wird einem geraten, ein neues Gerät zu kaufen. Manche industriellen Konsumgüter werden heute sogar von vornherein so konstruiert, dass bestimmte Teile, die für die Funktion unersetzlich sind, besonders schnell verschleißbar sind und zugleich ein Ersatz dieses Teiles nicht möglich ist, so dass der betreffende Gegenstand weggeworfen und ein neuer gekauft werden muss. Mit dieser »sinnigen« Methode versuchen immer mehr

Hersteller, ihren Umsatz zu steigern. Doch allmählich durchschauen die »Konsumenten« – wie normale Menschen von den Machern der Konsumgesellschaft genannt werden – die perfide Strategie und verlangen Produkte, die längere Zeit halten. Den gestressten Verbrauchern kommt da das Wörtchen »unkaputtbar« nicht ungelegen. Irgendein witziger Kopf muss es sich ausgedacht haben, der die zunehmende Kritik an der Wegwerfgesellschaft seinerseits für Werbezwecke nutzt, um industrielle Konsumgüter zu verkaufen, die länger halten sollen. Wie kommt er auf dieses umgangssprachliche Wort »kaputt«, das für »zerschlagen, zerbrochen, entzwei« steht? Es ist eingängiger als »unzerbrechlich« und konkreter als »haltbar«, denn es assoziiert die Vorstellung, dass sich das Gerät standhaft gegen einen bösen Geist wehrt, der das Gerät zerstören möchte. Wenn das damit bezeichnete Gerät dann tatsächlich länger haltbar ist, dann könnte man sich über dieses lustige Wort sogar freuen.



Foto: ege

In der Marketingfalle

Ein Modell wechselt die Partei

Nachdem es bisher mit dem rechten Arm für DIE LINKE posierte, krepelt es jetzt für die FDP die Ärmel hoch. Ist das Wahl(plakat)betrug? (mic)

Ein Mann hat in Florida seinen weinenden kleinen Sohn erstickt, damit er in Ruhe an seiner Spielkonsole spielen konnte. Der 16 Monate alte Daymeon atmete nicht mehr, als der Notarzt in dem Haus in Homosassa eintraf. Im Krankenhaus wurde sein Tod festgestellt.

T-Online-NA 18. April

Der stetige Zustrom neuer Nutzer zahlt sich für Facebook in klingender Münze aus. Weil das soziale Netzwerk damit interessanter für Werbetreibende wird, stieg im ersten Quartal der Umsatz um 72 Prozent auf 2,5 Milliarden Dollar.

dpa am 24. April

Nirgendwo in der Eurozone sind die Vermögen so ungleich verteilt, wie in Deutschland.

Institut für Wirtschaftsforschung in einem April-Gutachten

Die Sachsen zieht es vom Lande zurück in die großen Städte. Darauf stellen sich jetzt auch die sächsi-

schen Wohnungsgenossenschaften ein. Die steigende Nachfrage nach neuen, modernen Wohnungen kurbelt erstmals wieder verstärkt den Neubau an. Dagegen wachsen in kleinen und mittleren Städten die Sorgen: Hier fehlen Mieter, die Leerstandsquote stagniert.

LVZ am 25. April



Spieler von Ego-Shootern am Computer können demnächst einen Helm mit Force-Feedback-Technik kaufen, er vermittelt laut Firma, ein »authentisches Kopfschussgefühl«.

Tageszeitung »taz« am 28. April

Schon 1950 kam der US-Soziologe David Riesman zu dem Schluss, dass unsere Gesellschaft vermehrt »außengeleitete Menschen« hervorbringt. Menschen

also, die vorrangig nicht nach verinnerlichten Wertmaßstäben leben, sondern süchtig sind nach Bestätigung, und sei diese noch so zweifelhaft.

ND am 4. Mai

Die Diskussionen um Geschlechterrollen gehen mir gehörig auf den Geist. Der ganz Geschlechterzirkus erscheint mir nur noch lächerlich.

Autorin in »der freitag« Nr.18

Der Mann der an der Nadel hängt: Wie andere Fußball spielen oder Klavier üben, geht Klemens K. seinem Hobby nach. Er strickt. Eigentlich nichts Besonders, wenn er kein Mann wäre.

DAS MAGAZIN, im Mai

Normale Menschen wollen keinen Krieg. Gefährlich sind die Radikalschicksal jeglicher Couleur.

ARD-Presseclub am 4. Mai

Entdeckt von Siegfried Kahl

WEISHEITEN
von Reinhard Lochner

Geld ist für mich nicht wichtig, sagte der Millionär und überwies es an seine Bank.

Da das Geld ein höchst materielles Ding ist, kennt es auch die drei Aggregatzustände: fest, flüssig und gasförmig (in Rauch aufgegangen, verfliegen).

